

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beitellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Eine beachtenswerte Rundgebung. — Kommunale Arbeiterfürsorge und Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Charlottenburg II. — Arbeitszeit und Arbeitslohn der Arbeiter und Handwerker der Hamburger Landparlamentarier. — Fahrtzeit und Löhntung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandszeit. — Vertammungskalender.

Eine beachtenswerte Rundgebung.

Die Landtagswahlen in Baden und Sachsen, die Nachwahlen in Preußen, die Gemeindevahlen in den verschiedensten Orten Deutschlands lassen nur eine Deutung zu:

Die breiten Massen des Volkes sind empört über den ungeheuren Steuerdruck, der durch die reaktionär-agrarische Gesetzgebung in Deutschland zur unerträglichen Last gesteigert worden ist.

Um einerseits den Agrariern neue Liebesgaben aus den Taschen des arbeitenden Volkes zu gewährleisten, andererseits den Mühtungswahnsinn noch weiter betreiben zu können, haben Regierung und bürgerliche Parteien sich nicht scheut, dem Volke Lasten aufzubürden, die auch den politisch Gleichgültigsten aufrütteln mußten und ihn zur Stellungnahme bei politischen Aktionen zwangen.

Zämtliche bürgerliche Parteien sind daran schuldig. Zwar haben konservative, Zentrum und Polen das definitiv beabsichtigte Steuerbudget zum Abschluß gebracht. Aber auch die „Liberalen“ aller Schattierungen waren bereit, die gleiche volksfeindliche Politik mitzumachen, wenn nur ein Zeigenblatt die Erbbaussteuer — die schämige Geschichte um ein kleines verbüllt hätte!

Einzig die Vertreter der Sozialdemokratie nahmen einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt ein und konnten unwiderlegbar darauf hinweisen, daß die breiten Massen des Volkes weder das gegenwärtige Privilegium der Agrarier, noch die drohende Kriegskurie irgendwie unterstützen.

Die Regierung aber ließ sich ebensowenig wie die bürgerlichen Parteien von ihren reaktionär-agrarischen Steueranschlägen abbringen und so ist ihnen eine Teilanerkennung dafür ausgesprochen, die sicher in vermehrter und verbesserter Auflage bei den Reichstagswahlen 1912 in Erscheinung treten wird.

So weit, so gut!

Aber die durch die Steuerfahre, Mühtungspolitik und reaktionäre Tendenzen aller Art ungewöhnlich zugespitzte Situation in Deutschland hat nicht nur den gerechten Zorn des deutschen Volkes ausgelöst und unterer Partei namhafte Erfolge gebracht, sondern sie drängt auch mit unwiderstehlicher Gewalt dahin, daß wir in eine Veraerbitterter

Wirtschaftskämpfe kommen, die auf gewerkschaftlichem Boden ausgefochten werden müssen.

Die deutsche Arbeiterklasse kann und wird sich nicht mit einem politischen Protest Genüge sein lassen, sondern sie hat die Aufgabe, ja es ist ihre heiligste Pflicht, durch die Forderung höherer Löhne einen Ausgleich zu schaffen, damit die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes keine Einbuße erleidet, sondern in weiterem Aufstieg sich kräftigen kann und so die einzig zuverlässigen Vorbedingungen zum ferneren Kulturfortschritt der Menschheit schafft.

Dem es ist keine Frage: Von der Entwicklung der sogenannten untersten Schichten hängt die gesamte Menschheit selbst in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung in immer steigendem Maße ab. Die Wunderwerke der Technik, die arbeitssparenden Maschinen und alle wissenschaftlichen Erkenntnisse werden zu zweifelhaften Dienern der Menschheit, wenn sie nur einer immer kleiner werdenden kapitalistischen „Oberklasse“ zugute kommen und wenn sie auf der anderen Seite, wie es heute vielfach der Fall ist, den Millionen nur härteres Joch, größere Arbeitsanpannung und weniger Arbeitsfreude bringen.

So gesehen, ist es in hohem Grade bedauerlich, daß das liberale Bürgertum in Deutschland sich in bezug auf Zollpolitik und Abrüstung durchweg ebenso kurzfristig und reaktionär gebärdet wie die Regierung, denn dadurch sind die Arbeiter ganz allein auf den Kampf angewiesen, der sich aber notwendigerweise in wirtschaftlicher Beziehung gegen das Unternehmertum richten muß! Die Industriearbeiter Deutschlands haben keine andere Möglichkeit, den kolossal gesunkenen Wert des Geldes (d. h. die Kaufkraft desselben) wieder auszugleichen, als daß sie höheren Lohn fordern.

Genau so liegt es mit den städtischen Arbeitern. Sie protestieren politisch gegen das heutige Wirtschaftssystem, indem sie sozialdemokratisch wählen, müssen aber von den Stadtverwaltungen verlangen, daß wenigstens die ärgsten Schädigungen durch höhere Lohnsätze ausgeglichen werden.

Die Stadtverwaltungen haben zwar zum Teil wenigstens die agrarische Zollpolitik nicht aufgegeben. Aber ihr Protest ist im allgemeinen doch mehr wie schwächlich ausgefallen und die zweite Konsequenz ihrer Stellungnahme den Arbeitern die Löhne um so viel zu erhöhen, daß der Reallohn nicht sinkt — löst einweilen noch alles zu wünschen übrig.

Es ist also an der Zeit, den Unternehmern und Stadtverwaltungen einmal ganz gehörig zum Veruschsein zu bringen, wohn die jetzigen Wirtschaftsmethoden notwendigerweise führen müssen. Eine Versammlung von Vertretern der 57 österreichischen Zentralverbände hat nun am 29. Oktober

in Wien nach einem Referat des Reichsgewerkschaftssekretärs Hueber zu der Lebensmittelverknappung und den dagegen notwendigen gewerkschaftlichen Kampf ein offenes Schreiben an die Unternehmer beschlossen. Das ebenbürtig den Titel führen könnte: „An die deutschen Stadtverwaltungen!“ und das wir deshalb nachstehend zum Abdruck bringen.

„An unsere Unternehmer!

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft führt seit Jahren den Abwehrkampf gegen die wachsende Teuerung im Wege der direkten Teilnahme der Arbeiterklasse. Wer auf die Preisentwicklung der letzten zehn Jahre zurückblickt und die Reihstellungen der offiziellen Statistik wie zahlreicher privater wissenschaftlicher Arbeiten zu Rate zieht, muß die Tatsache anerkennen: Das ununterbrochene Ansteigen der Preise für alle Artikel des Massenkonsums hat den Lohn des Arbeiters von Jahr zu Jahr mehr entwertet. Nicht der Geldbetrag des Lohnes, sondern die Summe der Lebensmittel, die für den Lohn gekauft werden können, das Quantum von Fleisch, Getreide, Gemüse, der Aufwand für Wohnung, Kleidung und sonstigen Bedarf, kurz die Warensumme, die für den Lohn gekauft wird, der Reallohn entscheidet über die Lage der arbeitenden Klassen. Dieser Reallohn ist durch die wachsende Teuerung tief herabgedrückt und dadurch die Lebenshaltung der Arbeiterkraft schwer geschädigt worden.

Nur einmütige, Unternehmer und völlig verdohrte Volkswirte können in den jüngeren Lohnkämpfen der letzten Jahre einen materiellen Angriff sehen. Die Arbeiterkraft verteidigt ihre Lebenshaltung mühsam, sie führt einen Abwehrkampf! Und selbst in dem Lande der höchsten Löhne und billigen Rohstoffe, der erfolgreichsten Gewerkschaftskämpfe, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat das amtliche Arbeitsbureau in Washington sich zur Verhinderung der Tatsache genötigt gesehen, daß die Monatslöhne hinter der Preissteigerung der Massenkonsumentmittel zurückbleibt. Um so jämmerlicher ist es bei uns, wo die Teuerung weit rascher fortschreitet.

Wir weisen mit aller Entschiedenheit die Argumentation kleinbürgerlicher und bürgerlicher Denzagen zurück, daß die mäßigen Lohnsteigerungen in der Industrie die Landarbeiter entbehren noch jeder Organisation — die Teuerung der Agrarprodukte verursachen. Nicht nur der Augenblick, ziffermäßige Beweise widerlegen diese Falschungen der Tatsachen. Wir konstatieren nur als Beleg eine einzige Tatsache: überall der Geldlohn der Bergarbeiter im ganzen geteigert ist, entsinkt auf den einzelnen Meterzentner geförderter Kohle heute eine geringere Lohnsumme als früher.

Wir verlangen nur bei der Kohlenproduktion über eine ausführliche Lohnstatistik. Stellen wir die Hauptdaten der Steinkohlenproduktion für die letzten fünf Jahre, für welche statistische Nachweisungen publiziert sind, nach der amtlichen Statistik des Bergbaues im Zusammenhange für ganz Österreich zusammen:

	1902	1904	1905
Menge in Millionen Meterzentner.	110,45	118,68	131,73
Arbeiterstand	66.582	66.507	68.115
Barer Nettojahresverdienst der Arbeiter in Millionen Kronen.	44.908	45.874	31.355
Jährliche Arbeitsleistung eines Arbeiters in Meterzentner	1650	1785	1977
Auf einen Meterzentner Steinkohle entfallen an Arbeitslohn Heller	40,7	38,9	38,1

Unwiderleglich ergibt sich aus diesen amtlichen Ziffern: Trotz der vom 1. Juli 1902 an in Kraft getretenen Reinstandensicht im Bergbau und trotz der durch die Arbeiterkraft erkämpften Lohnsteigerungen ist weder die jährliche Arbeitsleistung der Arbeiter zurückgegangen, noch der Lohnanteil vom Preise des Meterzentners Kohle gestiegen! Die Jahresarbeitsleistung ist im Gegenteil von 1650 auf 1977 Meterzentner gestiegen, der auf einen Meterzentner entfallende Arbeitslohn aber ist von 40,7 auf 38,1 Heller gefallen! So im Steinkohlenbau. Es wäre ein Leichtes, zu erweisen, daß diese Tatsache in dem großen, bergigen und steinigen und im Vorausschleibergbau noch höher besteht. Diese Tatsache bezeugt unzweifelhaft, daß der geringfügige Anstieg des Reallohns und die mäßigen Lohnsteigerungen des letzten Jahrzehnts weit mehr gewirkt werden durch die wachsende Intensität des Betriebs, durch die höhere Leistungsfähigkeit der besser entlohnten Arbeiter.

Die teuerungsfähige Klasse vermag sich zu verdammen, daß die technische Verbesserung der Betriebsmaße überall die Produktionskosten herabsetzt und dadurch die Lohnsteigerungen weit übersteigt!

Auf dem ganzen Gebiet der industriellen Produktion mußte die fortschreitende Anwendung des Maschinenbetriebs an sich schon die mangelhaft erhöhten Löhnen die Waren stark verbilligen. In der

Lebensmittelproduktion aber läßt die Arbeiterbewegung überhaupt keine direkte Einwirkung zu! Unleugbar ist es also, daß die Arbeiterkraft durch ihre Gewerkschaft bloß einen Abwehrkampf führt, der ihr vor allem durch die agrarische Suberspolitik aufgezogen ist.

Wir erheben gegen die industriellen Verbände und vor allem gegen die in den Genossenschaften organisierten Gewerbetreibenden (Wir ebenso gegen die deutschen Stadtverwaltungen! D. Red.) den ernsten Vorwurf, daß sie die Natur dieses Kampfes nicht begreifen, daß sie ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Pflichten veräußern! Energieelos oder ohne Verständnis stehen sie den agrarischen Vorstößen gegenüber. Die verheerenden Wirkungen der Agrarfrage, der Prohibition jeder Kleinindustrie, der Verechtung guter Handelsverträge werden von ihnen kaum verstanden, geschweige denn abgewehrt! Selbst dem Massenhalter liegt die Ernährung seiner Massen am Herzen, selbst auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft sollte es für den Unternehmer nicht gleichgültig sein, ob und wie sich sein Arbeiter ernährt. Die österreichische Bourgeoisie, die große wie die kleine, erfüllt auch diese allernstlichste Pflicht wohlverstandenen Eigeninteresses nicht. Widerspruchslos und ohne Abwehr läßt sie einen agrarischen Vortritt nach dem anderen über die Massen des Industrievolkes ergehen. Manm erfüllt die Bourgeoisie den primitiven Zusammenhang, daß der industrielle und gewerbliche Arbeiter, der nur mit seinem Unternehmer, nicht aber mit den Agrariern in einem Rechtsverhältnis steht, keinen anderen wirtschaftlichen Angriffspunkt hat, als seinen Lohngeber. Will er seine Frau nicht der Verzeißlung, seine Kinder nicht dem Hunger preisgeben, so muß er den verzweifeltsten Versuch unternehmen, die Teuerung auf den Unternehmer abzuwälzen. Die Unternehmerkraft versteht nicht, daß die agrarische Begehrlichkeit vor allem immer wieder die Grundfakt der Lohnkämpfe in die Werkstätten wirft. Wenn der Hunger die Arbeiter zu Lohnkämpfen zwingt, wird die Unternehmerkraft die Pfaffen Kleinbürgerlicher Anstalten von der Begehrlichkeit der Massen und von den bösen Seiten nachklappen und in bewährtem Übermaß den äußeren Druck auf den Arbeiter als Monumenten verdoppeln durch den Druck der Arbeitgeberorganisation auf den Arbeiter als Produzenten in den Werkstätten. Dieser doppelte Druck muß uns zu verweirter Gegenwehr anstacheln, muß die besten Arbeitskräfte des Landes, wenn er nicht abgewendet wird, verleitend oder zur Auswanderung zwingen!

Wir haben mit den meisten Unternehmern Kollektivverträge auf mehrere Jahre hinaus geschlossen und wollen uns alle Mühe geben, durch getreue Einhaltung derselben den industriellen Arbeiter zu sichern. Aber schon jetzt ist der Moment voranzufahren, wo uns neuerdings die Tarifarbeit überlagert wird, den neuerlichen Preisdruck der Agrarier auf unsere Unternehmer fortzuwälzen. Wir stellen schon heute die dafür Verantwortlichen fest. Sobald an der andauernden Verunruhigung der Werkstätten und die begehrligen Preistreibereien der Agrarier und die in seltsamen Montagen dazu stehende Jähzorn der Bourgeoisie, welcher die menschlichen Energien weitmas wichtiger sind als die Kräfte der Getreidezölle und der Handelsverträge, als die wirtschaftliche Bedrangnis von Millionen arbeitender Mitbürger.

Österreich steht an der Schwelle des Ueberganges vom Agrarstaat zum Industriestaat. In dieser Situation hat vor achtzig Jahren die englische Bourgeoisie den Kampf gegen die wucherischen Agrarier gewonnen, siegreich durchgeführt und damit die Grundlage der großen Zukunft des Landes gelegt. In der gleichen Situation verlag unser Burgertum vollkommen, indem es eine lächerlich unabweisende, heimliche Gewalt ergebene politische Vertretung von wirtschaftslosen oder, wenn es hoch kommt, zünftlerisch reaktionären Politikern ins Parlament entsandte. Die Regierung aber gibt die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Staates preis, um im wesentlichen jedem Wucher der Agrarier zu parieren, um jedem Wuchtschritt, in jeder heimlichen Geheißigkeit der Millionen sich einzufügen und gehorchen zu bezeugen.

Angesichts der neuerlichen wucherischen Anschläge auf die Lebenshaltung der Massen, angesichts der Tatsache, das Parlament arbeitsunfähig zu machen, in dem Momente, wo es seine Pflicht ist, die Genossenschaft aufzulösen, die Kleinindustrie freizugeben, alle Handelsverträge aufzulösen und dadurch die Fore für die Ausfuhr unserer Arbeitsprodukte wie für die Einfuhr unserer Lebensmittel zu öffnen, angesichts der drohenden Verwerthung der Massen durch die Agrarier, die Arbeiterkraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft Österreichs der Regierung und unseren Unternehmern zu.

Diese Wirtschaftspolitik ist für die Massen des Volkes unerträglich. Wir lehnen jede Verantwortung für ihre Folgen ab. Wir

werden nicht erlauben, den Kampf um eine menschenwürdige Lebenshaltung der Arbeiterklasse, um das tägliche Brot unserer Frauen und Kinder fortzuführen. Wir können nicht sie für die rücksichtslose Begehrtheit der Agrarier und die schwachmütige, verständnislose Politik unserer Unternehmer büßen lassen. Darum stellen wir fest: Uns werden neuartige Kämpfe aufgezwungen, wenn die gesamte Unternehmerschaft ihre politische Pflicht gegen den Agrarismus nicht erfüllt. Wir erwarten von den Industriellen, wie von den Gewerbetreibenden, daß sie endlich die Kraft anbringen, auch ihre Stimme im Räum der chauvinistischen Hege zur Geltung zu bringen und der Regierung wie ihren politischen Vertretern energisch entgegenzutreten: **Des Lebens Notdurft geht allen anderen Sorgen voran!** Wir erwarten, daß auch sie den Kampf gegen den Agrarismus und für die Handelsverträge, gegen die Teuerung und für die freie Einfuhr von Brotfrucht und Fleisch endlich auf für die freie Einfuhr von Brotfrucht und Fleisch endlich aufnehmen.

Abgesehen von der Tatsache, daß in Österreich noch ein neuer Anschlag droht, während wir bereits glücklich in dem „Genuß“ unserer tanolosen Zoll und Steuererhebung sind, kann man den vorstehenden Aufruf getrost auch für Deutschland in Anwendung bringen. Im übrigen wird der Reichsdalles bald wieder neue Steuern fordern bei uns, woran auch das Agnitprodukt, genannt „Gansa-Bund“, nichts ändern kann.

Besonders die deutschen Stadtverwaltungen sollten aus diesen unbefriedigbaren Tatsachen nun wenigstens die Konsequenzen ziehen und sich unseren Forderungen gegenüber nicht länger gar so verständnislos gegenüberstellen.

Wir müssen freilich im vornherein, daß ebenso wenig wie die österreichischen Unternehmer nun ihre bisherige Taktik auf Grund dieses Schreies ändern werden, ebenso wenig werden die deutschen Stadtverwaltungen in ihrer großen Mehrzahl das erforderliche Verständnis für diese Dinge zeigen!

Peweißt doch die eine amtlich statistisch festgestellte Tatsache, daß einstreifen die Löhne in der Privatindustrie noch besser sind als in den Gemeindebetrieben, mehr als alle großparianischen Medien und Berühmtheiten des Wohlwollens für „unser“ Arbeiter. Auch das sozialpolitische Mäntelchen der „Arbeiterförerereinrichtungen“ kann über diese Höhen nicht hinwegtäuschen.

So werden unsere stollegen die Löhne aufeinanderbeißten müssen und sich in diesen ernsten, schweren Zeiten erneut sagen:

Nur mit der wachsenden Macht unserer Organisation vermögen wir uns selber den notwendigen Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung zu erringen.

Der wieder einkickende wirtschaftliche Aufschwung muß wahrgenommen werden. Noch enger gilt es die Reihen zu schließen unter der Parole:

Wehr Macht — mehr Lohn!

Kommunale Arbeiterfürsorge und Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Charlottenburg.

11.
Bereits im Jahre 1906 reichten die Charlottenburger Kollegen bei den zuständigen Verwaltungsstellen wie auch beim Magistrat ihre Forderungen betreffend eine allgemeine Aufbesserung der Löhne ein. Zunächst ohne Erfolg. Als aber mit dem Steigen der Teuerung die Lebensbedingungen auch der städtischen Arbeiter immer schlechtere wurden, gab der Magistrat dem Drängen der bei der Stadt beschäftigten Beamten und Arbeiter nach und bewilligte eine laufende Teuerungszulage. 100.000 Mk. wurden zu diesem Zweck ausgeworfen. Die Zulage wurde in wöchentlichen Raten den Arbeitern ausbezahlt und betrug 5 Proz. des Verdienstes. Mit dem 30. Juni 1907 war die eingeleitete Summe aufgebraucht. Da die Teuerung indessen noch nicht abflaute, beschloß der Magistrat die Zulage bis zum 1. April 1908 weiterzuzahlen. Bis dahin sollte auch eine endgültige Gehalts- und Lohnregelung erfolgt sein. Diese Regulierung der Löhne usw. erfolgte aber nicht in der vom Magistrat zuerst versprochenen Weise; der 1. April kam, aber nicht die Lohnaufbesserung. In der im selben Monat stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung nahmen die Stadt-

verordneten zu dieser Angelegenheit Stellung und machten den Magistrat auf das Versprechen aufmerksam. Letzterer erklärte nun, eine Reaktion nicht so schnell durchführen zu können; von unseren Genossen wurde das Gegenteil von dem behauptet, da der Magistrat bei anderen Gelegenheiten sehr schnell arbeiten kann. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Magistrat wird ersucht, sobald als möglich, spätestens im Herbst 1908, eine Vorlage betreffend die Revision der Gehälter und Löhne vorzulegen und die Erhöhungen mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 einzurichten.

2. Dem Magistrat wird folgende Regelung der Teuerungszulage empfohlen: Bis zum Einkommen von 7500 Mk. ausschließlich wird allen Beamten, Lehrkräften und Arbeitern eine Teuerungszulage von 7 1/2 Proz. des augenblicklichen Einkommens gewährt, die nicht unter 150 Mk. und nicht über 300 Mk. beträgt und auf die spätere Gehaltserhöhung in Anrechnung zu bringen ist.

Die somit beschlossene erhöhte Teuerungszulage gelangte dann auch zur Auszahlung. Die Regelung der Löhne war jedoch aber auch bis zum November 1908 noch nicht erfolgt.

Die organisierten Kollegen beschloßen nunmehr, erneut ihre Forderungen dem Magistrat zu unterbreiten. Der Zustand, welcher durch die fortwährende Verlängerung der Teuerungszulage geschaffen war, mußte als ein unhaltbarer bezeichnet werden; dies um so mehr, als die sogenannten „Kantitätsändigen Arbeiter“ eine bedeutend niedrigere Zulage erhielten. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten brachten gleichzeitig in der Stadtverordnetenitzung eine Interpellation ein, mit der Anträge, wie weit nunmehr die Regelung der Gehälter und Löhne geblieben sei. Und wiederum erhielten unsere Genossen die Antwort, der Magistrat sei noch nicht soweit. („Gew.“ Nr. 48 v. J.) Der Magistrat gab aber die Erklärung ab, daß die Teuerungszulage bis zur definitiven Festsetzung der Löhne weitergezahlt würde. Als bis zum Februar 1909 eine Regelung noch nicht erfolgte, beschloßen die organisierten Kollegen noch einmal, nunmehr zum dritten Male, ihre Anträge einzureichen mit dem nachdrücklichen Hinweis, daß endlich die Verudichtigung der Wünsche geboten sei.

Dies geschah denn auch endlich. Im Mai d. J. legte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung die Neuregelung des Besoldungsstats vor. Zu gleicher Zeit stand eine Vorlage, betreffend Einführung von Familienzulage, zur Tagesordnung. Heber die Familienzulage sowie Regelung der im Besoldungsstat vorgesehenen Löhne haben wir bereits in Nr. 25 der „Gewerkschaft“ d. J. ausführlich berichtet. Die Regelung der nicht im Besoldungsstat vorgesehenen Arbeitslöhne ist nunmehr ebenfalls erfolgt und läßt sich erst jetzt ein Ueberblick geben.

Die Löhne sind wie folgt geregelt:

		1. Mämmereiarbeiter.				
Anfangslohn	nach 2 Jahren	nach 4 Jahren	nach 6 Jahren	nach 8 Jahren	nach 10 Jahren	
	107,50 Mk.	115,00 Mk.	122,50 Mk.	130,00 Mk.	137,50 Mk.	145,00 Mk.
		b) Handwerksmäßige oder sonst technisch vorgebildete Arbeiter, Motorenführer, Vorarbeiter usw.				
125,00 Mk.	132,50 Mk.	140,00 Mk.	147,50 Mk.	155,00 Mk.	162,50 Mk.	
	140,00 Mk.	148,50 Mk.	157,00 Mk.	165,50 Mk.	174,00 Mk.	182,50 Mk.
		2. Mannschaften der Feuerweh.				
		a) Feuerwehrmänner und Telegraphisten.				
Monatslohn	135	145	155	165	175	185 Mk.
	b i. Jahreslohn	1620	1740	1860	1980	2100
		b) Oberfeuerwehrmänner.				
2000	2100	2200	2300	2400	2500	2600 Mk.
	nach 3	6	9	12	15	18
		c) Obermaschinisten.				
2200	2400	2600	2800	3000	3200	3350 Mk.
	nach 3	6	9	12	15	18
		3. Warte- und Hauspersonal der Krankenhäuser, des Bürgerhauses und ähnlicher Anstalten mit Ausschluß des Gesindes.				
		a) Wärter, Hausdiener und sonstiges männliches niederes Wirtschaftspersonal.				
Monatslohn	38	41	44	47	50	Mk.
	b i. Jahreslohn	456	492	528	564	600
		nach 1 2 3 4 Jahren.				

*) Außerdem Dienstkleider.

außerdem freie Wohnung, Verköstigung, Wäschereinigung und Dienstkleidung im Werte von 480 Mk. jährlich.

b) Pärterinnen.

Monatslohn	31	34	37	40	43 Mk.
d. i. Jahreslohn	372	408	444	480	516
nach	1	2	3	4	Jahren.

4. Laternenwärter der Gaswerke.

Tagelohn	2,65	2,75	2,85	2,95	3,05	3,15 Mk.
d. i. Jahreslohn	967,25	1003,75	1040,25	1076,75	1113,25	1149,75
nach	2	4	6	8	10	Jahr

7. Die Löhne der in den Gasanstalten

5. Gärtner und Parkarbeiter.

a) Ständige Gärtner. Anfangsgehalt 125 Mk., steigt nach zehn Jahren bis 162 Mk. pro Monat.

b) Aufsichtsgärtner	Tagelohn 4,50 Mk.
c) Arbeiter	4,00
d) Frauen	2,50
e) Wächter	2,50

Sonntags- und Ueberstundenarbeit wird mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt.

6. In der Kanalisation werden Löhne für Arbeiter von 34 bis 43 Pfennige pro Stunde gezahlt. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt an jedem 15. und letzten im Monat.

beschäftigten Arbeiter sind wie folgt geregelt:

	Mk.	nach Jahren														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	15			
A. Tagelöhne.																
1. Erd-, Hof- und Hilfsarbeiter ohne Wechsellicht	4,50	—	4,60	—	4,70	—	4,80	—	4,90	—	5,15	—	5,25			
2. Arbeiter am Kohlenbrecher, der Mühlenfütte, am horizontalen Band, an der Vorlage, der Bohrmaschine, der Längebahre der fahrbaren Brücke und der hydraulischen Krananlage und bei heißen Meinigern	4,70	—	4,80	—	4,90	—	5	—	5,10	—	5,35	—	5,45			
3. Fahrstuhl- und Kranführer	4,90	—	5	—	5,10	—	5,20	—	5,30	—	5,55	—	5,65			
4. Standober, Abklopper, Laternenarbeiter, Wassertropfauspumper und Verstemmer	4,50	4,60	4,70	4,80	4,90	5	5,10	5,20	5,30	5,40	5,55	—	5,75			
5. Handwerker	5	5,10	5,20	5,30	5,40	5,50	5,60	5,70	5,80	5,90	6,15	6,25	6,35			
B. Schichtlöhne.																
1. Ammoniakarbeiter	4,64	4,73	4,82	4,91	5	5,09	5,18	5,27	5,36	5,45	5,70	—	5,78			
2. Feuerleute, Abblader und Kofsfahrer an den Öfen	5,78	—	5,88	—	5,98	—	6,08	—	—	—	6,22	—	6,29			
C. Wochenlöhne.																
1. Zweite Revier- und Magazinarbeiter	30	31	32	33	34	35	36	37	38	—	—	—	—			
2. Magazinarbeiter	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	—	37,50			
D. Monatslöhne.																
1. Gasmacher (Wassergasanstalt) und Oberheizer	175	—	178,50	—	181,50	—	184,50	—	—	—	189	—	191			
2. Maschinenisten und Apparatenwärter	135	139	143	147	152	156	160	165	—	—	169	—	171			
3. Erste Revierführer und Vorarbeiter	165	169	173	178	182	186	191	195	199	204	212	—	214,50			

Alle Löhne verstehen sich bei einer neunstündigen resp. in den kontinuierlichen Betrieben achthündigen Arbeitszeit.

Es muß zugesehen werden, daß wir einen kleinen Schritt vorwärts gekommen sind, da gleichzeitig in fast allen Betrieben die neunstündige und in den kontinuierlichen Betriebszweigen die achthündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Die Löhne können uns aber noch nicht befriedigen, besonders die der Kanalisationsarbeiter. Ebenfalls muß bemerkt werden, daß die Schichtlöhne erst nach 10 bzw. 15 Jahren erreicht werden. Es wäre nach unserer Meinung richtiger gewesen, den Endlohn in 5 Jahren erreichen zu lassen. Leider konnten sich weder der Magistrat noch die einzelnen Deputationen dazu verstehen.

Wesentlich besser als die Arbeiter haben auch bei der diesmaligen Lohnregelung die Beamten abgeschnitten. Es ist dies auch kein Wunder, denn diese Herren verlieren es, ihre Interessen wahren als die Arbeiter. Nichts blieb unberührt, um ihre Forderungen durchzubringen. Neben einem Vergleichen von Petitionen, welche den Stadtverordneten ins Haus gebracht wurden, kamen besondere Absandte der verschiedenen Beamtenkategorien zu den Mitgliedern der Kommissionen, um letztere für ihre Sache zu gewinnen. Außerdem sei bemerkt, daß Beamte sowohl wie auch die Lehrer eine vorzügliche Organisation am Orte haben.

Um die Gehaltsaufbesserung der Beamten ins rechte Licht zu rücken, wollen wir die alten und neuen Gehaltsätze einiger Beamtenkategorien gegenüberstellen. Das Bild ist

	Gehaltsverhöhung	
A.		
M. Ia alte Säge	7 000 Mk. steigend bis	9 000 Mk.
neue	7 500	9 500
M. Ib alte	6 400	8 000
neue	7 000	8 600
M. II alte	5 200	8 000
neue	5 800	8 600
B.		
M. Ia alte	6 400	7 800
neue	7 000	8 200
M. Ib alte	5 000	6 500
neue	6 400	7 900
M. II alte	3 900	5 700
neue	4 300	6 000
M. IIIa alte	2 700	4 800
neue	3 200	5 300
M. IIIb alte	2 400	4 150
neue	2 700	4 700
M. IIIc alte	1 800	3 000
neue	2 520	4 320

Vergleichen wir diese Gehälter mit den Löhnen der Arbeiter, so ist die Minderheit unserer Behauptung, die Löhne sind auch nach der Steuerregelung noch keine befriedigenden, erbracht. Vergleichen wir ferner die Erhöhung der Gehälter mit denen der Löhne, so zeigt sich das erstere um 200 bis 600 Mk., ja in einem Fall sogar um 1000 Mk. erhöht wurden. Die Löhne der Arbeiter wurden jedoch im Durchschnitt nur um 150 Mk. erhöht. Es war dies auch vorauszu sehen; tragen doch die Arbeiter selbst die größte Schuld daran. Durch die Interesselosigkeit helfen sie solche Zustände heraufzubeschwören. Dies muß in Zukunft anders werden. Nur durch die Macht einer guten Organisation können wir unseren Forderungen Geltung verschaffen.

Die Parlamentarier sollten endlich die empfangenen Lehren beherzigen und geschlossener als bis jetzt ihre Interessen wahrnehmen.

Arbeitszeit und Arbeitslohn der Arbeiter und Handwerker der Hamburger Baudeputation.

Die Baudeputation hat durch Beschluß vom 7. Oktober d. J. neue Bestimmungen aufgestellt über die Arbeitszeit und die Löhne der Handwerker und Arbeiter mit Einschluß der Straßenreinerer. Es handelt sich also um alle Handwerker und Arbeiter im Hochbau- und Ingenieurbau.

Die Arbeitszeit ist wie folgt festgesetzt worden:
 Vom 3. Sonntag im November bis 4. Sonntag im Januar, 10 Wochen lang, von morgens 7 1/2 Uhr bis nachmittags 4 1/2 Uhr, 1 1/2 Stunden Pause, 7 1/2 Arbeitsstunden; vom 1. Sonntag im Januar bis 3. Sonntag im Februar, 3 Wochen lang, von morgens 7 Uhr bis nachmittags 5 1/2 Uhr, 1 1/2 Stunden Pause, 9 Arbeitsstunden; vom 3. Sonntag im Februar bis 1. Sonntag im März, 8 Wochen lang, von morgens 7 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, 2 Stunden Pause, 9 Arbeitsstunden; von dann bis 2. Sonntag im Oktober 31 Wochen lang, von 6 bis 6 1/2 Uhr, 2 Stunden Pause, 10 Arbeitsstunden; und vom 2. Sonntag im Oktober bis 2. Sonntag im November, 5 6 Wochen lang, von 6 1/2 bis 5 1/2 Uhr, 1 1/2 Stunden Pause, 9 1/2 Arbeitsstunden.

Durch diese Entzerrung der Arbeitszeit ist die Zahl der Arbeitsstunden, welche Jahr berechnen, um 12 Prozent so viel ist also die Arbeitszeit verlängert worden. Früher betrug die Gesamtzahl der Stunden an hiesiger Arbeitszeit unter 10 Stunden täglich 201. Jetzt sind es nur 189 Stunden. Dies gilt für die Arbeiter im allgemeinen, soweit sie in der Regel im Freien arbeiten.

Einige Handwerkergruppen, z. B. die auf dem Bauhof beschäftigten Tischler und Drechsler, hatten bisher auch die kürzere Arbeitszeit, obwohl sie in der Werkstätte arbeiteten. Jetzt kommt die auch im Winter zehnstündige Arbeitszeit für alle diese Handwerker in Betracht, und für sie ist also die Arbeitszeit um die 201 Stunden verlängert worden. Die Verlängerung der Arbeitszeit um 12 Stunden für die Mehrheit der Arbeiterschaft ist nun zwar nicht erheblich, allein wir wollen eine Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt und müssen daher gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit uns erklären. Den Lohnsätzen nach sind die Arbeiter in 4 Lohn Tabellen eingeordnet:

Lohntabelle A.

Lohnsätze für Arbeiter im Tagelohn:

Maurer und Zimmerer 6,50-6,50 Mk.; Holzarbeiter (Tischler, Stellmacher) 5,50-5,50 Mk.; Metallarbeiter (Schlosser, Schmiede), Maler, Schneider 5-5,30 Mk.; Steinbauer 6,20-6,50 Mk.; Steinfeger 5,50-5,50 Mk.; Hammer 5,10-5,40 Mk.; Erd- und Promenadenarbeiter und Arbeiter im Hochbauwesen a) ungelernete 3,80 bis 4 Mk.; b) angelernte 4,10-4,30 Mk.; Arbeiter auf dem Hauptfriedhof und bei der Gemenplattenfabrikation 4,20-4,50 Mk.; erste Maschinisten 5,50-5,80 Mk.; zweite Maschinisten 5-5,30 Mk.; Wagnlampenwärter, 4,20-4,50 Mk.; Heizer 4,50-4,80 Mk.; Gärtnergehilfen 4,40-4,70 Mk.; Scharbeiter 4,20-4,50 Mk.; Altmänner, Hobelager, Siebwerkstätten 4,90-5,20 Mk.; Arbeiter im Sandfang 4,20-4,50 Mk.

Lohntabelle B.

Lohnsätze für Arbeiter im Wochenlohn nach sechsfachem Tagelohn:

Lagermeister (im Siebbetrieb) 28-31 Mk.; Passantenführer, Steuerleute, Vorarbeiter bei der Zementplattenfabrikation 30 bis 33 Mk.; Lagermeister, Platzmeister auf den Distributionslagern 28 bis 31 Mk.; Steinfeger Mettmeister 38-41 Mk.
Für die in den Tabellen A und B aufgeführten Arbeiter gelten als „Lohnsätze für Einzelstunden zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends“ die einfachen Stundenlöhne ohne Aufschlag. „Lohnsätze für Sonntags-, Feiertags- und Ueberstunden zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens“ sind einfache Stundenlöhne mit 25 Proz. Aufschlag.

Lohntabelle C.

Lohnsätze für Arbeiter im Wochenlohn nach siebenfachem Tagelohn.

Gärtner 30-33 Mk.; Reviergärtner 33-36 Mk.; Schleusenwärter Assistenten 30-33 Mk.; Fontänenwärter und Wärtler der elektrischen Beleuchtung am St. Pauli Fischmarkt 29-32 Mk. Diese Arbeiter erhalten Sonntags-, Feiertags- und Ueberstunden nicht bezuget.

Lohntabelle D.

Aus früheren Zeiten übernommene, außerhalb der Lohn-tabelle stehende Lohnsätze, welche mit dem Ausscheiden der Inhaber der Stellen in Wegfall kommen: Hilfsmaschinisten im Sandfang 38 Mk.; Maschinist auf dem Eisbrecher, Flabauffeher 35 Mk.; Steinmann auf dem Eisbrecher, Schwannwärter 30 Mk.; Vagantenkontrollleur, Platzmeister 33 Mk.; Lagerverwalter, Werkmeister, Aufseher 36 Mk.; Hilfswagenwärter 27 und 28 Mk.; Waldhüter, Lager-schreiber, angeleitete Arbeiter im Gärtnereibetrieb 27 Mk.; Ueber-gärtner 40 Mk.; Bauhilfsarbeiter Tagelohn 3,80-4,20 Mk. Die Wochenlöhner auch dieser Lohn-tabelle erhalten Sonntags-, Feiertags- und Ueberstunden nicht bezuget.

Allgemeine Bestimmungen.

In den Vorabenden der Feiertage zu Ojtern, Pfingsten und Weihnachten darf die Arbeit nachmittags 4 Uhr und an jedem Sonntagabend eine halbe Stunde früher als an den übrigen Arbeitstagen beendet werden, ohne daß dafür ein Lohnabzug erfolgt. Ausgenommen sind die Schichtarbeiter und Maschinisten.

Für Wadient an Sonn- und Feiertagen wird Wochentagelohn der ungelernen Arbeiter ohne Zuschlag von 25 Proz. bezuget. Als Ueberstunden gelten die zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens fallenden Stunden. Arbeiter im Wochenlohn nach sieben-fachem Tagelohn und Arbeiter, die einen außerhalb der Lohn-tabelle fallenden Wochenlohn beziehen, erhalten Ueberstunden nicht bezuget.

Die Lohnsätze der Tabelle beziehen sich nicht auf solche Arbeiter, die wegen vermindelter Arbeitsfähigkeit im Lohn herab-gesetzt sind.

Solange nicht durch die Arbeitsordnungen oder besondere Dienstvorschriften andere Arbeitszeiten vorgeschrieben werden, gelten die in der Tabelle angeführten Zeiten.

Am Winter, d. h. vom 3. Sonntag im November an, 10 Wochenlang, tritt bei verkürzter Arbeitszeit folgender Lohnabzug ein:

bei einem Tagelohn von	3,80 Mk.	kein Abzug
" " " "	3,90 "	ein Abzug von 10 Pf. pro Tag
" " " "	4, - "	" " " "
" " " "	4,10 -5, - "	" " " "
" " " "	5,10 und mehr	" " " "

den Wochenlöhnen ein Abzug von 3,- Mk. pro Woche.

Die ungelernen Erd- und Promenadenarbeiter sowie die Arbeiter beim Hochbauwesen erhalten weiterhin nach je einem Jahr eine Alterszulage von 10 Pf. pro Tag; alle übrigen in der Lohn-tabelle aufgeführten Tagelohnarbeiter bei guter Führung dreimal nach je zwei Jahren eine Alterszulage von 10 Pf. pro Tag und alle Wochenlöhner bei guter Führung dreimal nach je zwei Jahren eine Alterszulage von 1 Mk. pro Woche.

Die Alterszulagen treten jedesmal mit der ersten vollen Lohnwoche im Januar und im Juli ein, und zwar für die Arbeiter, deren Dienstzeit vom 1. Oktober bis einschließlich 31. März an gerechnet wird, im Januar, für die, deren Dienstzeit vom 1. April bis einschließlich 30. September an gerechnet wird, im Juli ein. Der Uebertritt der ungelernen Arbeiter in die Klasse der angelernten Arbeiter findet 3 Jahre nach Einstellung der Arbeiter statt.

Bei Beförderung in eine höhere Lohnklasse treten diejenigen Arbeiter, die bereits einen den Anfangslohn der höheren Klasse übersteigenden Lohn bezogen haben, in die nächsthöhere Lohnstufe der neuen Klasse über.

Bei Feststellung des Lohnes wird den Arbeitern der Tabelle A, B und C die volle Dienstzeit in der betreffenden Lohnklasse angerechnet.

Arbeiter, denen, abweichend von ihrer sonstigen Beschäftigung Arbeiten (z. B. Sägen- und Eisarbeiten) übertragen werden, für die eine niedrigere Lohnklasse festgesetzt ist, erhalten während dieser Beschäftigung den Lohn der niedrigeren Lohnklasse.

Als Asphaltarbeiter beschäftigte Arbeiter erhalten eine Vergütung von 50 Pf. pro Tag; die Ziehmaler, sofern sie in Ziegeln und Ziegeldächern arbeiten, eine solche von 60 Pf. pro Tag; bei Verrechnung von Sonntags-, Feiertags- und Ueberstunden wird die Vergütung nicht berücksichtigt.

Vorstehende Lohn-tabelle treten am 10. Oktober 1909 in Kraft. Diese Neuordnung der Lohnverhältnisse hat die Mehrzahl der Arbeiter bitter enttäuscht, zumal darüber stetiggehabe Vorbesprechungen mit Arbeiterauschussmitgliedern wenigstens zum Teil Besseres erhoffen ließen. Und wir wollen gleich erklären: So wie die Dinge jetzt gekommen sind, können sie nicht bleiben. Wohl sind einige Arbeitergruppen tatsächlich in ihrem Lohn-einkommen besser gestellt worden, anderen dagegen aber wird es geschmälert werden. Und dies in der gegenwärtigen Zeit!

Einer Erhöhung der Grundlöhne erfreuen sich nur einige Handwerkerkategorien. Die Aufbesserung der Löhne im allgemeinen besteht in der Steigerung der Löhne nach dem Dienstalter. Auf dieselbe Weise, aber in umgekehrter Richtung, sind dadurch aber auch einigen Kategorien die bisherigen allgemeinen Löhne gekürzt worden. Eine weitere Erhöhung, und zwar des Gesamtlohn-einkommens, ist dadurch erreicht worden, daß die bisherigen Lohn-abzüge bei der kürzeren Arbeitszeit im Winter verringert worden sind. Allein wir werden die Einzelheiten kennen lernen müssen.

Maurer und Zimmerer hatten bisher einen Lohn von 6,50 Mk. Holzarbeiter (Tischler und Stellmacher) erhielten 5,50 Mk. Dieser Lohnsatz für Tischler und Stellmacher besteht aber erst seit dem 1. April d. J. Vorher betrug der Lohn 5 Mk. Der generelle Lohn ist also (im gegenwärtigen Jahre) um 50 Pf. erhöht worden. Dazu kommt jetzt die Steigerung bis auf 5,80 Mk. Metallarbeiter (Schlosser und Schmiede) hatten im allgemeinen einen Lohn von 5 Mk. Einige wenige Arbeiter dieser Gruppe erhielten allerdings nur 4,50 Mk. Maler und Schneider erhielten auch nur 4,50 Mk. Für diese alle ist der Anfangslohn jetzt 5 Mk. Außerdem dann die Zulagen.

Den Steinbauern, Steinfegern und Hammern (Steinfegerarbeitern) ist sachungsgemäß der Lohn gekürzt worden; viele haben aber auch tatsächlich eine Lohnreduktion. Ihre jetzigen Höchstlöhne waren bisher die allgemeinen Löhne, bis auf die Hammerlöhne, die 5,30 Mk. betragen. Der allgemeine Tagelohn ist also herabgesetzt worden für Steinbauer und Steinfeger um 30 Pf., und für Hammer um 20 Pf. Diese Lohnkürzung trifft auch die gegenwärtig Beschäftigten. Alle noch nicht 6 Jahre beschäftigten Steinbauer und Steinfeger sowie die noch nicht 1 Jahre beschäftigten Hammer haben ihren bisherigen Lohn nicht mehr.

Die Erd- und Promenaden sowie die Arbeiter auf den Sandlagern und die Hochbauarbeiter hatten bisher einen Lohn von 3,80-4 Mk. Der Lohn von 4 Mk. wurde nach zweijähriger Beschäftigung gezahlt. Dieser Zuschlag soll bleiben. Neuzugeworben in die Lohnklasse von 4,10-4,30 Mk. In diese Klasse kommen die Arbeiter nach dreijähriger Beschäftigung, so daß sie dann im 1. und 3. Jahre 4,10 Mk., im 6. und 7. Jahre 4,20 Mk. und nach vollendetem 7. Jahre 4,30 Mk. bekommen.

In den Lohn-tabelle der bei der Zementplattenfabrikation beschäftigten Arbeiter wiederholt sich die Mann- Alters-zulagen einzuführen, durch die Abnahme der Löhne nach unten. Der bisher für diese Arbeiter allgemein geltende Lohn von 4,50 Mk.,

den sie alle nun schon zwei Jahre erhalten haben, wird herabgesetzt auf 120 Mk.; nur die über 6 Jahre Beschäftigten behalten den Lohn von 150 Mk.; alle anderen erleiden Abzüge.

Für Maschinen, Setzer, Fogenlampenwärter und Gärtnergehilfen sind die bisherigen Löhne Anfangslohne geblieben; die Steigerung der Löhne sind die Zulagen.

Die Zickelarbeiter, wozu auch die Arbeiter im Sandfang zählen, hatten einen Lohn von 120-140 Mk. Ihnen ist der Wochenlohn um nur 10 Pf. erhöht worden. Mäharbeiter, Mohrleger und Zickelarbeiten erhielten im Mai d. J. ihren Lohn von 470 Mk. auf 490 Mk. erhöht und dazu nun jetzt die dreimalige Zulage von insgesamt 30 Pf.

Wochenlöhne sind nun einschubel für Vorarbeiter; diese werden bei den Zementfabriken von 5 bis 30 Mk. erhöht. Die Vorarbeiter bei der Zementplattenfabrikationen erhielten einen Tagelohn von 5 Mk., früher der Wochenlohn von 30 Mk., der auf 33 Mk. steigt. Vorarbeiter hatten einen Tagelohn von 6,30 Mk., in 6 Arbeitstagen 37,80 Mk., jetzt ist der Anfangslohn 33 Mk. Auch die Vorarbeiter waren im Tagelohn und erhielten 5 Mk. Die Plattenarbeiter auf den Steinwaren hatten verschiedene Löhne, wöchentlich 27 Mk. bis 31 Mk. Nur sie ist der „goldene Mittelweg“ gewählt worden, wöchentlich 28 Mk. bis 31 Mk.

Die Wochenlöhne für Gärtner nach dem alten „Lohn-tarif“ waren 27 Mk., 30 Mk. und 33 Mk. Statt dieser Entlohnung sind zwei Gruppen geschaffen worden: Gärtner und Vorarbeiter mit den Lohnlöhnen 30, 33 Mk. und 36 Mk. Nach dem „Lohn-tarif“, also theoretisch genommen, würde für die Gärtner mit dem bisher niedrigsten Lohn eine Aufbesserung des Anfangslohnes ein-getreten sein.

Die in die Lohn-tabelle C eingeordneten Löhne sind damit auf den Ausbesserungslohn erhöht. Die Lohn-tabelle sollen gezahlt werden bis zum Auscheiden der betreffenden Arbeiter, und diese sollen Zu-lagen jetzt nicht erhalten. (Eine merkwürdige Logik! D. V.)

Aus den allgemeinen Bestimmungen ist besonders hervorzuheben die Regelung der Lohnzüge im Winter. Die analoge, bisher geltende Bestimmung lautete:

„Bei verkürzter Arbeitszeit im Winter, vom 1. Sonntag im November bis 1. Sonntag im März, tritt folgender Lohnabzug ein:

30 Pf. pro Tag bei einem Tagelohn von 1 Mk., und weniger, 40 Pf. pro Tag bei einem Tagelohn von 1,01-5 Mk., und 50 Pf. bei einem höheren Tagelohn.“ Ein Wochenlohnarbeiter wurde sehr verächtlich behandelt; eringen bei man den vollen Lohn, und von wurde derselbe um 3 Mk. gekürzt. Mit den Steinbauern, Steinwerkern und Schmiedern wurde die Ausnahme gemacht, daß ihnen die Löhne um so viel gekürzt wurden, als die Zeit der bei ihnen durchzunehmenden und veranlagte. Inzwischen hat bei 72 Stunden Arbeitszeit der Lohn für Steinbauern von 6,50 Mk. auf 4,88 Mk., für Steinwerkern von 5,80 Mk. auf 4,25 Mk., und für Schmiedern von 5,90 Mk. auf 4,28 Mk. Das gegenwärtige Verhältnis im Vergleich zu dem früheren abwärts ist nun für hiesige Löhne die Dauer des Winterlohnes 17 bzw. 18 Wochen oder 192 resp. 108 Tage, jetzt 10 Wochen oder 90 Tage, Medium nur 100 bis 105 Tage. Die zu 1 Mk. Lohn wurden insgesamt 195 = 30 Pf. = 31,50 Mk. im Monat abwärts. In 1. Winter genommen die Arbeiter mit 5,80 Mk. Lohn ganz Arbeiter mit 3,90 Mk. Lohn haben jetzt einen Abzug von 90 Tagen mal 10 Pf. = 9 Mk.; in gewöhnlich 2,50 Mk., das dieselbe 2,50 die gewonnen wären; im Lohn im Vergleichnehmen Arbeiter bei 1 Mk. Lohn 19,50 Mk.; bei 1,10 bis 5 Mk. Lohn 21,50 Mk.; bei 5,10 Mk. und mehr Lohn 26,50 Mk. Wochenzüge haben sich um 21 Mk. erhöht. Zimmerer haben jetzt 106,65 Mk., Zimmerer 92,58 Mk. und Hammer 82,54 Mk. Lohn mehr. (Bei einem drei Non-jahren in dieser aber Verord-nung, daß sie stets mit Pensionierten beschäftigt werden, was aller-dings nur selten der Fall ist.)

Auf weitere Einrichtungen wollen wir nun zunächst nicht weiter eingehen. Wir wollen schlußend und dies und was wir im übrigen noch zu sagen haben, in eine andere Form fassen.

1. Welche Verbesserungen bringt der „Lohn-tarif“?

- a. Eine in jeder Hinsicht größere Gleichberechtigung in gleich hohem Verhältnis zu den Vorarbeitern.
- b. Ein höherer Lohn für die in der ersten Gruppe der Tabelle, über die niedrige Löhne, als Lohn und wöchentlich 100 Pf. „Lohn“ im allgemeinen. Der Lohnzug wird nun in erster Linie die sein.
- c. Ein höherer Lohn für die in der zweiten Gruppe der Tabelle, über die niedrige Löhne, als Lohn und wöchentlich 100 Pf. „Lohn“ im allgemeinen. Der Lohnzug wird nun in erster Linie die sein.
- d. Ein höherer Lohn für die in der dritten Gruppe der Tabelle, über die niedrige Löhne, als Lohn und wöchentlich 100 Pf. „Lohn“ im allgemeinen. Der Lohnzug wird nun in erster Linie die sein.

höheren allgemeinen Löhne (eventuelle Erhöhung des Grundlohnes und dazu die Zulagen) für Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, „angelernte“ Arbeiter, Maschinenisten, Setzer, Gärtnergehilfen, Mäharbeiter, Mohrleger, Zickelarbeiten, soweit sie im dritten Jahre beschäftigt sind, 30 Mk., für die im fünften Jahre 60 Mk., und für die im sechsten Jahre oder länger Beschäftigten 90 Mk. Dazu kommt für Maurer, Zimmerer, „angelernte“ Arbeiter und Gärtnergehilfen der höhere Winterlohn. Maler und Schneider haben an Lohn mehr 150 Mk. und mit den Zulagen 180 Mk. bzw. 210 Mk. bzw. 240 Mk. Wochenlöhner der Lohn-tabelle B und C, die mindestens 2 Jahre bzw. 1 Jahre bzw. 6 Jahre beschäftigt sind, 52 Mk. bzw. 61 Mk. bzw. 70 Mk. Dazu auch hier wieder der höhere Winterlohn. Nur diejenigen Wochenlöhner jedoch, denen bisher im Winter der Lohn nicht abgezogen wurde, vermindert sich um den Betrag des fünfjährigen Lohnabzuges im Winter, nämlich um 30 Mk. der Gesamtwerkverdienst.

2. Welche Verbesserungen bringt der „Lohn-tarif“?

a. Eine, wenn auch nur minimale Verlängerung der Arbeitszeit!

b. Eine Vereinfachung der Löhne für Steinbauer, Zimmerer und Hammer sowie für Arbeiter bei der Zementplattenfabrikation. Dieser Lohnabzug für die letztere Arbeitergruppe beträgt pro Tag 10 bzw. 20, bzw. 30 Pf., oder pro Jahr, dieses ja 300 Arbeitstagen gerechnet, 30,00 Mk. bzw. 60,00 Mk. bzw. 90,00 Mk. Um so viel wird der durch höhere Wochenzüge des Winterlohnes erzielte Gewinn wieder schmälert. Bezüglich der Steinbauer gesteht sich jährlich nach allem in. Dabei ist: Diejenigen, welche im 1. und 2. Dienstjahre stehen, haben an Jahresverdienst einen Verlust von 12 Pf., die im 3. und 4. Dienstjahre haben einen Mehrverdienst von 30,75 Mk., die im 5. und 6. Dienstjahre haben einen Mehrverdienst von 61,68 Mk. und die über 6 Jahre Beschäftigten haben als Mehrverdienst den vollen Betrag des höheren Winterlohnes, also 92,58 Mk. Das Verhältnis kann aber auch noch schärfer ausfallen, je nachdem die Winterwinterung beschaffen ist. Wenn nämlich im Winter Schnee liegt, müssen Steinbauer und Hammer bei der Steingewinnung helfen, wenn es stark frostet, müssen sie auf den Zementplatten arbeiten, und bei allen diesen arbeiten erfüllen sie nur den niedrigen Lohn „angelernter“ Arbeiter. Galt es nun solche Arbeiten und den ersten beiden niedrigen Lohn nun auch noch nach dem zweiten Sonntag im Januar, so wird demgemäß der Jahresverdienst nicht höher werden, als vorher gemindert. Denn vom zweiten Sonntag im Januar an soll wieder der volle Lohn gezahlt werden. Steinbauernlohn wird aber nur bei Steinbauern gezahlt. Dieser Steinbauernlohn ist nun 150 Mk. pro Tag höher als der Lohn „angelernter“ Arbeiter. Das macht wöchentlich 9 Mk. aus. Um so viel höher, wie nach dem zweiten Sonntag im Januar Lohn, und Hammer, und so viel mehr, um 10 bis 12 Mk. höher, haben die Steinbauer an ihrem Jahresverdienst mit ein. Und im Normalzustand dauert der Winter in der Regel bis in den März. Von herab reichlich gut und auch noch mindestens 5-6 Wochen mal 6 Mk. von den Steinbauern, Zimmerern und Hammern bedeutet „Lohnabhang“ abwärts. So im März auch das Salomonialjahr eine glatte Lohn-tabelle.

c. Arbeiter werden nach 6 Uhr morgens und vor 6 Uhr abends werden nicht mehr mit 25 Pf. Lohnauszahlung bezahlt.

d. Wochenzüge an Lohn und Zickelarbeiten werden nicht mehr mit dem Wochenlohn der betreffenden Arbeiter vergütet, sondern nur noch mit dem Wochenlohn „angelernter“ Arbeiter; 180 Mk. wird bei solchen Lohnabzügen gezahlt; für viele Arbeiter eine ganz erhebliche Lohnminderung in solchen Fällen.

3. Was der „Lohn-tarif“ nicht bringt!

- a. Die Verlängerung der täglich stündlichen Arbeitszeit.
- b. Die Erhöhung des Grundlohnes, vor allem die gegenwärtigen Tagelöhner.
- c. Die Vereinfachung realer Lohnzüge, d. h. die Tag- und Wochenlöhne, und die Handwerkerarbeit, und ganz alle und gar eben nur die Löhne.
- d. Wochenzüge für alle Arbeiter.

Dieser Lohn-tarif beruht auf einem Lohn-normale und ist nicht mehr. Der Lohn-normale hat nach dem ersten Salomonialjahr die Lohn-tabelle auf die Arbeiter in den verschiedenen...

aus: Vertretungskosten für beurlaubte Arbeiter, Zuschuß zu den Unterhaltungen der zu militärischen Übungen einberufenen Arbeiter, Krankengeldzuschuß für erkrankte Arbeiter (auf zwei Drittel des Lohnes nach 3. auf den vollen Lohn nach 5 Dienstjahren), Ehrengeldent für 25 Jahre im Dienste der Stadt stehende Arbeiter, Altersgeld, Renten bei eintretender Erwerbsunfähigkeit, Witwen- und Waisengeldern.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Altona. Am 24. Oktober tagte eine gut besuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter und Unterangestellten. Es sollte zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen Stellung genommen werden. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein Referat des Kollegen Schönberg. Derselbe unterzog die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Lage der Altonaer städtischen Arbeiter, soweit sie auf das Arbeitsverhältnis basiert, einer längeren kritischen Betrachtung. Der Referent kam zu der Schlußfolgerung, daß hier noch vieles erheblich besser werden müßte, und zwar nach Maßgabe unserer programmatischen Forderungen. Und die städtische Arbeitererschaft selbst müßte die Verbesserung ihrer Lage wollen und durchführen. Der Wunsch müßte Wille und der Wille zur Tat werden. Von diesem Standpunkte aus müßte auch zu und bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eingegriffen werden. -- An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und Genossen, darunter auch Thomas, der für die Wahl mit aufgestellte Kandidat. Zum Schluß wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen: Die Versammlung der Altonaer städtischen Arbeiter und Unterangestellten erklärt: In Rücksicht darauf, daß das Stadtverordnetenkollegium bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Einführung von Arbeiterfürsorgeeinrichtungen für die städtischen Arbeiter und Unterangestellten in Frage kommt und inwiefern die Wahlen zum Stadtverordnetenkollegium für die städtischen Angestellten eine besondere Bedeutung und außerordentliche Wichtigkeit haben, sollen alle städtischen Arbeiter und Unterangestellten verpflichtet sein, Mann für Mann zu der bevorstehenden Wahl eine fleißige Tätigkeit zu entwickeln, vor allen Dingen selbst zu wählen, und daneben und weiter bei anderen Wählern zu agitieren. Diese Unterstützung soll denjenigen Mandatären zuteil werden, die erklären und die Gewähr bieten, daß sie als Stadtverordnete für das Programm der städtischen Arbeiter und Unterangestellten wirken werden. Da diese Forderung nur die soziale demokratischen Mandatären erfüllen wollen und auch werden, sollen auch nur sie von uns gewählt werden.

Die Arbeiter der Altonaer Wasserwerke in Blankenese waren am 30. Oktober bei Benz versammelt. Der Arbeiterausschuß für die Arbeiter der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion, betreffend unter anderem die Vorforderungen der Wasserwerksarbeiter. Der Berichterstatter bemerkt, daß es sein dem Tode des Herrn Stadtkanzler Bergmann große Schwierigkeiten für den Arbeiterausschuß habe, mit der Direktion zu ordnungsmäßigen Verhandlungen zu kommen. Bis jetzt sei ein Richter noch nicht wieder berufen worden, und die dirigierenden Beamten hätten dem Anscheine nach keine große Neigung, Arbeiterausschußsitungen anzubereiten. Die letzte Sitzung habe am 3. April stattgefunden, und die damals beschlossenen und zu Protokoll gegebenen Anträge seien noch nicht beantwortet worden. In Bezug auf die Erhöhung der Löhne der Wasserwerksarbeiter habe Herr Inspektor Stupfer allerdings zugestimmt, dafür eintreten zu wollen. Der Berichterstatter fügte hinzu, er bedauere, den Blankeneseer Kollegen kein besseres Resultat über ihre dem Arbeiterausschuß dringlichst übertragenen Wünsche mitteilen zu können. Die Versammlung äußerte sich sehr abfällig über die Verschleppung ihrer Anträge. Insbesondere sei es doch nun wohl endlich an der Zeit, die Forderung von 450 Mk. bis 480 Mk. aufzubessern. Es sei den Arbeitern, auch bei anderer Sparpolitik, unmöglich, noch fernerehin mit den niedrigen Löhnen auszukommen. Der Arbeiterausschuß solle von neuem auf die Vermittlung der erhabenen Anträge drängen. Zu dem Zwecke möge der Arbeiterausschuß unterzüglich höchsten Grades beschleunigt werden. Das bisherige Verfahren könne unmöglich noch länger der sich geben. Der Ausschuß verspricht, sein Bestes tun zu wollen. Der als Vertreter unseres Verbandes amwesende Kollege Schönberg sprach auf Grund der vorgetragenen Beschwerden und einer Reihe anderer Beispiele der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Altonaer städtischen Arbeiter die Notwendigkeit des gemeindefreihlichen Zusammenschlusses in der gewerkschaftlichen Organisation. Einmütig stimmte die Versammlung zu.

Althoffenburg. Am 28. Oktober hatte unsere Generalversammlung, zunächst nicht wohl, eine große Anzahl einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Situation und die uns daraus ergebenden Aufgaben für die Arbeiter“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Hierfür gab Kollege Schwanz die Ansprache vom 8. Quartal vor. Derselben ist zu entnehmen, daß sich der Massenbestand der Zitate von 1500 Mk. auf 1674 Mk. erhöht, was aber

noch erheblich besser sein könnte, wenn alle Kollegen ihre Beiträge regelmäßig bezahlen würden. Die verkauften Markten sind in diesem Quartal zurückgegangen, was eigentlich nicht vorkommen dürfte, denn der Verband kann nur seinen Aufgaben in vollem Umfange gerecht werden, wenn auch alle Mitglieder ihre Pflicht erfüllen. Das Verlaute muß daher im 4. Quartal nachgeholt werden. Unter „Verschiedenes“ wurde hauptsächlich die im Winter im Gaswerk bestehende Arbeitszeit von früh 7 bis abends 7 Uhr besprochen und gewünscht, daß dieselbe geändert werden soll. Die Kollegen waren sämtlich der Meinung, daß auch abends um 6 Uhr Feierabend sein könnte und sie sich dann unter Umständen mit einer Viertelstunde Frühstücks- und Vesperpause begnügen wollten. Als Ergebnis der Aussprache wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, in diesem Sinne bei der Direktion vorstellig zu werden. Hauptsächlich wird die Direktion diesem Anliegen der Arbeiter entsprechen. In nächster Zeit soll auch wieder eine allgemeine öffentliche Versammlung stattfinden. Wir machen daher die Kollegen schon jetzt darauf aufmerksam, damit sie immer mit der Agitation einsehen, da immer noch die meisten Kollegen vom Raum der Organisation fernstehen. Wünsche daher jeder Kollege die sich ihm bietende Gelegenheit, um die Stärkung unseres Verbandes zu bewirken, denn hierin liegt die Gewähr zur Verbesserung unserer Verhältnisse.

Bismarck. Am 14. Oktober leisteten die in unserem Verbande organisierten Bühnenarbeiter vom Stadttheater eine Eingabe um Gehaltsaufbesserung ein. Die Antwort des Direktors ließ nicht lange auf sich warten und lautete dahingehend, daß er sich erst mit der Stadtverwaltung in Verbindung setzen müsse, ehe er etwas bewilligen könne. Hiermit konnten sich die Kollegen nicht einverstanden erklären. Sie waren der Ansicht, der Direktor sei in dieser Sache souverän und wüßten in einem zweiten Schreiben bis zum 24. Oktober eine bestimmte Antwort. Hieran belamen alle, mit Ausnahme eines einzelnen, eine Zulage von 5 Mk. pro Monat zugestimmt. Nach weiteren mündlichen Verhandlungen einigte man sich dahingehend, daß jeder Bühnenarbeiter, der die Eingabe unterzeichnet hat, sein Gehalt entsprechend bekommt. Das Personal, welches an der Lohnbewegung nicht teilgenommen hat, geht leer aus. Das erhöhte Gehalt wird ab 1. November dieses Jahres gezahlt.

Berlin. Die Generalversammlung der Zitate fand am 1. November im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Wangly stellt zunächst mit, daß Kollege Ellenbeck sein Amt als Vertreter in der Ortsverwaltung niedersetzt. Die Ersatzwahl wird bis zum Januar vertagt. Gegen die Verfügung des Magistrats, daß den Arbeiterausschuß keine Protokollabschriften und auch keine schriftlichen Wünsche auf gestellt Anträge auszuhandeln sind, sollen die erforderlichen Schritte unternommen werden. Kollege Hoffmann eintrug den Massenbescheid für das Dritte Quartal. Auf Antrag der Massenbescheid dem Arbeiter einmütig Debarge erteilt. Ueber: „Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik und die Gemeindefreihheit“ referierte Kollege Dittmer. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Diskussion im Sinne der Ausführungen des Referenten. Zur Klärung der Gehälter für die Pensionsangehörigen beantragte die Ortsverwaltung die Gemeindefreihheit, die Beschlüsse des Dresdener Verbandes umzusetzen zur Anwendung zu bringen. Die Antragsteller sollen stehen bleiben. Es sollte jedoch dem Arbeiter ein Zuschuß von 2500 Mk., den Pensionskollegen das Gehalt der Qualifikation gezahlt werden. Daneben wurde vorgeschlagen, den vorgenannten Kollegen wie dem Arbeiter vom 1. Oktober eine sofortige Zulage von zwei Jahreslöhnen zu bewilligen. Zu diesen Vorschlägen lag ein Antrag des Kollegen Wangly vor, daß die Klärung erst mit dem 1. April nächsten Jahres eintreten solle. In der Diskussion stellte Kollege Glatt den Antrag, dem Massenbescheid das Gehalt zu zahlen, wie den im Pensionsamt und in der Agitation teilnehmenden Kollegen. Einen weiteren Antrag stellte der Kollege Grawitt, die Gehälter gleichmäßig von 2500 steigend bis 2000 Mk. herabzusetzen. Der Antrag des Kollegen Glatt gelangte bei der Abstimmung zur Annahme. Die Anträge der Ortsverwaltung wurden abgelehnt. Damit war der Antrag des Kollegen Wangly einstimmig angenommen. Der vom Kollegen Grawitt gestellte Antrag gelangte hierauf zur Annahme. Die vorgeschlagenen Änderungen der Organisationsstatuten, die neben rationalen Änderungen auch die Reorganisation mehrerer Zitate betrafen, wurden einstimmig angenommen. Die Verhandlungen mit dem „Hauptverband der Arbeiter“ wurde hierauf in unserer Verband haben somit ihren zufriedenstellenden Abschluß gefunden.

Berlin. Die Arbeiter der städtischen Markthallen waren am 20. Oktober bei Winkler versammelt. Kollege Schulz referierte über: „Die Arbeiter in den neuen großen Pensionsbeständen.“ Seine Ausführungen wirkten in dem Maße, daß den Massenbescheid als Stützmittel gegen die Ausbeutung des Volkes durch Pensionsrentner und die Ausgabe einer sich in Anwendung zu bringen.“ als Kandidaten für die bevorstehende Wahl der Arbeiterbewegter waren die Kollegen Schick und Verbeke aufgeführt. Am 1. November waren die Kollegen der Zentralmarkthalle besonders zahlreich erschienen. Die Verhandlung der Arbeiter durch den Arbeiterpartei war der Gegenstand der Diskussion. Außerdem wurden, um einige Betriebsbedingungen anzupassen, zwei Antragsentwürfe gestellt. Gegen zwei unserer

Ausschussmitglieder ist, weil sie über das Auftreten des Aufseher's Hartwig Heidwerde führten, eine hochnotpeinliche Untersuchung seitens der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Ob die wahrheitsgemäßen Angaben derselben zu einer Anklage führen werden, muß abgewartet werden. Sollten die Ausschussverhandlungen sich in Moskau fortsetzen, werden wir darüber ausführlich berichten.

Dresden. Die Filiale hielt ihre Quartalsversammlung am 5. November im Volkshausaale ab. Der Besuch ließ zu wünschen übrig; doch es muß hierbei berücksichtigt werden, daß der eben beendete Landtagswahlkampf mit seiner heftigsten Agitation eine gewisse Versammlungsmüdigkeit gebracht hat. Die Versammlung wurde eingeleitet mit einem vorzüglichen Referat des Mediateurs Niem über: „Thomas More und seine Utopia.“ Vorträge dieser Art sollten stets ein zahlreiches und aufmerksames Publikum finden. Sie sind geeignet, das Verständnis für die Lehren des Sozialismus und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung ganz eminent zu fördern. Der Vortrag fand denn auch den dankbaren Beifall der Versammlung. — Hierauf erstattete Kollege Liesche den Staffenbericht über das dritte Vierteljahr. Die Gesamteinnahmen bezifferten sich demnach einschließlich des Bestandes vom vorigen Quartal auf 16 188,27 Mk., Gesamtausgaben 8775,23 Mk., verbleibt ein Bestand von 7413,04 Mk. Das ist gegen das vorige Quartal eine Zunahme von 489,97 Mk. Von den Ausgaben sei hervorzuheben, daß an die Hauptkasse 4679,51 Mk. gesandt wurden. Zur Unterstützung der Arbeiterkollegen wurden 600 Mk. und für die schwedischen Kämpfer 300 Mk. abgesetzt. An Krankenunterstützung wurde gezahlt in Summa 1245 Mk., davon auf Rechnung der Hauptkasse 682,65 Mk. und von der Lokalkasse 562,35 Mk. Die Ausgaben auf Rechnung der Lokalkasse höhere sind als wie die der Hauptkasse, hat seinen Grund darin, daß die Filiale Dresden in Krankheitsfällen die Unterstützung bereits vom zweiten Tage ab gab, während die Hauptkasse am sechsten Tage eingreift. Ein großer Teil der Krankheitsfälle aber spielt sich erfahrungsgemäß in den ersten sieben Tagen ab. Daraus ergibt sich die außerordentlich große Belastung der Lokalkasse. Auf Rechnung der Hauptkasse wurden ferner noch gezahlt für Sterbefälle 320 Mk., für Gemeindefürsorge 128,75 Mk., für Streifenunterstützung 108,34 Mk. — Mitglieder sind im Laufe des Quartals eingetreten: 56 männliche und 3 weibliche. Der Mitgliederstand ist 1522, darunter 18 weibliche. Namens der Mediatoren leitete Kollege Lengmann die Mitteilungen der Mediatoren. Weiter ist Sonntag, besonders über die gegenwärtige Tätigkeit berichtete Kollege Freyler. Er konnte konstatieren, daß sich wieder ein regeres Leben gezeigt hat. Die neue Lohnregelung hat dabei zu einem guten Teile beigetragen. Immer mehr zeigt sich, daß diese Lohnregelung doch rechtens und gerecht ist. Die Klagen und Beschwerden über höhere Löhne und Jurisdiktionen wollen durchaus nicht verhallen. Eine Anzahl Eingaben wegen Wiederherstellung des früheren Verhältnisses sind rundweg abgelehnt worden. Außerdem will man sich der Klänge nicht ansetzen, an dem glücklichen Werke schon wieder die beherrschende Hand anlegen zu lassen. Trotzdem besteht ein einigermaßen guter Bestand, daß der jetzigen Regelung der Löhne kein langer Bestand beschieden sei. Man rechnet dort nur mit höchstens einem Jahre. Nun, an den nächsten Arbeiter soll es nicht fehlen, wenn es gilt, den jetzt bestehenden Verhältnissen ein Ende zu bereiten. — Im Laufe des Quartals ist es gelungen, uns bisher verlassenes Gebiet zu erobern. Das Personal des Holzlegers Gartens, die Gemeindefürsorge von Wlasewitz und Woschitz haben sich bis auf wenige unserer Verbände angeschlossen. Die Treiberer war die mitleidige wirtschaftliche Lage. Er hat den Kollegen die Heberzeugung benachrichtigt, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen konnte. Auch die Marchall-Lutscher, die bisher glaubten, ohne Organisationen auszukommen, sind eines anderen belehrt worden. Bei der allgemeinen Lohnregelung der städtischen Arbeiter gingen sie völlig leer aus. Das brachte ihr Mut in Wallung. Der Arbeiterausschuss wurde in Bewegung gesetzt, um sich sagen lassen zu müssen, wenn die städtischen Anträge gestellt haben würden, ihnen auch entgegen kommen worden wäre. An Ermittelung diesbezüglicher Anträge aber habe das Marchallamt dem Mite keine Vorschläge unterbreiten können. Es ist aber trotzdem dem Arbeiterausschuss noch möglich gewesen, durchzusetzen, daß auch die städtischen eine Aufbesserung erfahren, allerdings erst vom 1. Januar 1910 ab, also ein halbes Jahr später. Von der Rückzahlung von einer Mark für jede Lohnmode haben alle städtischen ausgenommen. Aus diesem Vorange mochten alle diejenigen erkennen, daß es nicht immer richtig ist, wenn gesagt wird: Wenn die anderen etwas bekommen, bekommen ich auch! Während es uns möglich war, in fast allen Fortkommenden die Arbeiter für unseren Verband zu gewinnen, muß dies in Moskau und Broda durchaus nicht gelingen. Deshalb wir dort seit zwei Jahren bereits einige Mitglieder haben, und die übrigen von einer gütlichen Ansicht und Gleichmütigkeit beherbergt. Doch mit der Zeit werden auch ihnen diese Tatsachen eine bessere Heberzeugung einflößen. Am Vollen über alles. Eine unumgängliche Arbeit war ferner die Organisation der Streiker wählen zur städtischen Vertreterkonferenz. Der acht Wahlberechtigungen waren im ganzen 56 Vertreter und ebenfalls 56 Stellvertreter zu wählen. Es hat sich hier mit aller Eiligkeit

gezeigt, daß ohne unsere Arbeit und Organisation die Wahl wohl kaum zustande gekommen wäre. Leider muß die miserable Wahlbeteiligung aus'schärfste verurteilt werden. Zum Schluß verwies Kollege Freyler auf die ungeheure Wichtigkeit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, sowie auch der Arbeiterausschusswahlen, welche im Dezember stattfinden. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung wurden den schwedischen Kämpfern einstimmig weitere 100 Mk. überwiesen. Ferner wurde noch auf den Streit der italienischen Gasarbeiter aufmerksam gemacht und ersucht, zu verhindern, daß sich hier etwa Kollegen als Arbeitswillige verleiten lassen, den Italienern in den Rücken zu fallen.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 20. Oktober wurde verhandelt über: „Das Koalitionsrecht der hamburgischen Staatsarbeiter in der Theorie und in der Praxis.“ Nach einem diesbezüglichen Referat des Kollegen Schönborg und einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution beschließen: „Die am 20. Oktober 1909 im Gewerkschaftshause versammelten organisierten Arbeiter des hamburgischen Staates legen entschieden Verwahrung ein gegen die Verletzung ihres Koalitionsrechtes; ein rechtswidriges Vorgehen, wie es sich insbesondere neuerdings wieder bei der Kohlenverwaltung und bei der Schlachthofverwaltung gezeigt, indem die erstere drei Arbeiter strafweise nach einer schlechteren Arbeitsstelle versetzt, letztere zwei Arbeiter entlassen, weil in beiden Fällen diese Arbeiter sich in Wahrnehmung koalitionsrechtlicher Interessen betätigt haben, und zwar ausschließlich nur außerhalb der staatlichen Betriebe und in ihrer dienstfreien Zeit, sowie auch im übrigen in durchaus einwandfreier Weise. Soldermaßen wollen die Staatsarbeiter noch absolut eigenem und freiem Ermessen wirken können. Sie wollen insofern schließlich auch nur dem gemeinen Recht und nicht der Willkür der staatlichen Zivilbehörden unterstellt sein. In diesem Sinne appelliert die Versammlung an den Senat und die Bürgerwehr, eine Zurechnung der ihrer Annahme und ihrer Nichtbeachtung wegen angegriffenen Verwaltungen erwartend.“ — Weiter die weitere Tagesordnung: „Die Staatsarbeiter und die Bürgerwehrwahlen 1910“, referierte Kollege Würger. — In der Diskussion warf Kollege Herrmann die Frage auf, warum wohl die Partei bei der Aufstellung der Kandidaten auf Mitglieder unserer Organisation noch nie Rücksicht genommen habe. In der Landesorganisationsversammlung sei merkwürdigerweise sogar gefragt worden, ob der Kollege Würger überhaupt das Hamburger Bürgerrecht besitze. Aber auch im allgemeinen erhebe ihm dem Redner, in den leitenden Partei- und Gewerkschaftskreisen eine nicht geringe Antipathie gegen unsere Organisation und ihre Vertretung zu herrschen. Wenn die Sache so gemeint sei, müßten wir demgegenüber darauf hinarbeiten, daß, wenn wir Pflichten erfüllen, wir auch Rechte geltend machen könnten. In dieser Art wurde Herrmann von mehreren Rednern unterstützt. Würger erklärte, er habe das Bürgerrecht bereits 1901 erworben. Kollege Wachtelbrenner erbatte, ihm sei berichtet worden, dem Kollegen Schönborg sei schon einmal eine Kandidatur angeboten worden. Schönborg habe sie aber abgelehnt. Schönborg erwidert, ihm sei das schon bekannt. Daß aber unsere Angehörigen das Bürgerrecht erwerben könnten, sollte die Parteileitung wissen können, denn schon vor drei Jahren habe der Kandidatvorstand über die aufgeworfene Frage mit der Parteileitung korrespondiert. Von Wachtelbrenner wurde noch der Antrag gestellt, alle unsere Druckereien der Parteidruckerei zur Ausführung zu übertragen. Der Antrag wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Hamburg. Die Arbeiter (Stenbauer, Steinheber und Hammer, Sandwerker, Gärtner, Freemenaden, und Stenlagerarbeiter, sowie die Zielarbeiter) der Landdeputation bedankten sich in mehreren Versammlungen mit den für sie aufgestellten, an anderer Stelle der „Gewerkschaft“ behandelten neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit und Arbeitslohn. In diesen Versammlungen kam die unter diesen Arbeitergruppen über die Neuordnung der Arbeitsbedingungen allgemein herrschende Unzufriedenheit in berechtigt Weise zum Ausdruck. Alle waren einig, daß die Lohnverhältnisse so unter keinen Umständen bleiben könnten. Der Arbeiterausschuss wurde deshalb gemäß aufgefordert, bei der Landdeputation dringliche Vorstellungen gegen den „Tarif“ zu erheben. Zum mindesten müßten die einschneidenden Bestimmungen eine Änderung erfahren. — Der Arbeiterausschuss hat nun an den Herrn Oberingenieur den Antrag gestellt, daß eine außerordentliche Sitzung des Arbeiterausschusses einberufen und folgende Tagesordnung angesetzt werde: Antrag des Arbeiterausschusses auf Revision der neuen Bestimmungen über die Löhne der Arbeiter und Handwerker. Die Landdeputation wolle diese Bestimmungen dahin abändern, daß 1. Stenbauer, Steinheber und Hammer an zu ihren bisherigen Löhnen die Dienstlohnzulage erhalten, oder, bei Ablehnung dieses Antrages, in zum mindesten den vor Aufstretens der neueren Lohnsätze bereits feststehenden den bisherigen Löhnen der Tagelöhner nicht gekürzt werden; 2. der Lohn für ungelernete Arbeiter 4 Mk. pro Tag betragt wie für diese Arbeiter am Strom- und Hafenbau; 3. ungelernete Arbeiter, einschließlich der Zielarbeiter, nach einer möglichst diegehenden Bestimmungsdauer in Wochenlohn 1 Mann und dieser 26-29 Mk. betrage wie am Strom- und Hafenbau und bei der

Strafvereinigung); 4. die Wochenlöhne der Lohnabelle C als sechs-facher Langlehn gelten und auch diesen Arbeitern Sonntags-, Feiertags- und Heberstunden besonders veranlagt werden; 5. den in die Lohnabelle D eingerechneten angelernten Arbeitern im Gärtnerbetrieb auch die Dienstalterszulage zuteil werden; 6. für Wochen an Sonn- und Feiertagen die in den einzelnen Fällen bisher gezahlten Vergütungen auch fernerhin gewährt werden. Sobald über diese Anträge verhandelt werden ist, werden wir darauf zurückkommen.

Wien. Am 30. Oktober fand eine Versammlung für das gesamte Personal der Straßenbahn im Lokale des Kollegen Dörmel statt. Kollege Karolik-Kranzfeld referierte über: „Die Anliegerangelegenheiten der deutschen Stadtgemeinden für ihre Arbeiter und Angehörigen.“ Der Redner legte den Anwesenden zunächst die Gründe dar, die die Stadtverwaltungen veranlassen haben, auch für die Arbeiter Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung einzurichten wie für die Beamten. Die Bestimmungen für die Arbeiter lassen aber noch sehr viel zu wünschen übrig. Allgemein betrauden sich diese Einrichtungen, soweit als sie die Arbeiter angehen, noch in dem Stadium der ersten Entwicklung, die noch gründlich reformiert werden müssen, wenn sie für die Arbeiter überhaupt eine Bedeutung haben sollen. Eine besonders unrichtige Stellung zeigt wie auch in der Lohnfrage, in sozialpolitischer Beziehung die Stadt Mainz. Während in der Mehrzahl der Städte die Minimalrente 33 1/2 bis 40 Proz. und teilweise noch mehr des letzten Jahresverdienstes betrug und die Maximalrente bis zu 75, 80 Proz. und höher steigt, beträgt sie in Mainz nach 10 Dienstjahren ganze 20 Proz. des Jahresverdienstes und steigt bis zu 40 Proz. nach 30 Dienstjahren. Als Mindestlohn sind 240 Mk. angesetzt. Danach würde ein Arbeiter mit einem Jahresentkommen von 1200 Mk. an Rente erhalten: Nach 10 Dienstjahren 20 Proz. = 240 Mk., nach 15 Jahren 25 Proz. = 300 Mk., nach 20 Jahren 30 Proz. = 360 Mk., nach 25 Jahren 35 Proz. = 420 Mk., nach 30 Jahren 40 Proz. = 480 Mk. Jeder Mensch wird einsehen, daß mit diesen paar Gröden niemand ernähren kann. Sollen dürfte wohl jemand in der Lage sein, bei seiner aufwendenden Arbeit als Straßenbahnarbeiter oder in sonst einem Beruf 30 Jahre seine Anrechte zu tragen zu können. So hängen die höheren Löhne der zu erreichenden Rente vollständig in der Luft. Nicht besser verhält es sich mit der Witwen- und Waisenrente, denn nur für zwei Kinder wird solche gezahlt. — In der Diskussion stimmten alle Redner den Ausführungen des Referenten zu und brachten gleichfalls zum Ausdruck, daß in dieser Frage eine Verbesserung angebracht werden soll. Es wurde dann auch beschlossen, eine diesbezügliche Eingabe vorzubereiten. Außerdem wurden noch verschiedene Beschlüsse zur Sprache gebracht und besonders die eigene Behandlung des Personalrats seitens des Betriebsleiters Schmittmann kritisiert. Diefem Herrn ist nämlich jeder geringere Streikführer ein Dorn im Auge. Dar er sich doch einmal in einer Ausübung der der Arbeiterung verhalten: Wer Unzufriedenheit unter das Personal bringt, der ist ein Feind.“ Es wäre aber besser, wenn sich Herr Schmittmann solche Anordnungen von Maßregeln aus dem Werke selbst und als Vorgesetzter neutral aber dem Personal stellen würde. Als „Ingenieur“ werden nur die angesehen, die es wollen, sich zu organisieren, anders dagegen verhält er sich zu denen, die dem von ihm gebildeten „Reich“ angehören. Der Straßenbahnarbeitern möchten wir zurufen: „Herans aus einem solchen Reich, dessen Aufgabe es ist, nur Unmöglichkeit und Verwirrung unter Euch anzubringen! Treter ein in die freie Organisation, dann werden wir auch in der Lage sein, alle Hebelgriffe zurückzuführen zu können.“ Auch die Herren Minimalrenten scheinen sich in der Halle des Sonntags für Herrn Schmittmann außerordentlich gut zu gefallen. Wir wollen hoffen, daß sich die Umwandlungsform der oberen Renten beheben, da wir uns im anderen Falle veranlagt sehen, energig dagegen Front zu machen.

Stuttgart. Am 20. Oktober 1909 hielt unsere Zentrale eine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Genosse Westmeyer hielt ein temperamentvolles Referat über: „Massenpolitik auf dem Stuttgarter Rathaus.“ Redner ging scharf ins Gericht mit dem Verhalten der bürgerlichen Rathhansmitglieder, insbesondere auch mit dem sozialparteilichen (national-liberalen) Vizepräsidenten des Bürgervereins, Dr. Wolf, der sich neulich wieder im Hotel Züder als großer Völkerversteher aufzuspielen liebte, der aber, wenn es sich um Arbeiterangelegenheiten handelte, eine äußerst reaktionäre, arbeitfeindliche Haltung an den Tag legt. Wenn es sich darum handelt, die Interessen der bürgerlichen Massen wahrzunehmen, sei die bürgerliche Parteihandhabung vollständig einig darüber, daß alles geschehen müsse, was irgend möglich sei. Selbst zur Fortschaffung perentlicher Vorteile seien bürgerlicherseits Gemeinwohlwörter schon inbrünstig worden. Wenn es sich aber um Arbeiterangelegenheiten handelte, so stehen sämtliche Rathhansmitglieder rechts der Sozialdemokratie in geschlossener Phalanx, um jede, auch noch so bescheidene Forderung der Arbeiter niederzukümmern. Die Art, wie man sich der Verpflichtung, auch für die Fabrikanten des Rathhanses anständige Arbeitsverhältnisse zu schaffen, entgegen habe, beweise mehr als alles andere, was für ein Geist gegenwärtig auf dem Rathaus herrsche. Insbesondere aber die Art der Behandlung der schon vor acht Wo-

naten eingereichten Eingabe der städtischen Arbeiter sei geeignet, jedem städtischen Arbeiter die Joheerde ins Gesicht zu treiben. Auf die in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung erfolgte Interpellation des Kollegen Altvater habe der Herr Oberbürgermeister v. Gauß eine Antwort gegeben, die die städtischen Arbeiter zum schärfsten Protest herausfordern mußte. „Beil der Referent in Urlaub gegangen, ist die Behandlung der Angelegenheit auf weitere sechs Wochen verschoben worden.“ Diefeshalb müßten über 1700 städtische Arbeiter auf die Erledigung ihrer dringenden Angelegenheiten warten. Welche Absicht damit verfolgt wurde, dem Bürgerausschuß die Schuld hierfür zuzuschreiben, sei zu durchsichtig, als daß sie von den Arbeitern nicht durchschaut werde. Zum Teil mit Schuld an diesen Zuständen seien die städtischen Arbeiter selbst. Jeder einzelne müsse unabhängig mit daran tätig sein, seine Organisation so auszubauen, daß sie in der Lage sei, auch eine derartige Forderung eine Antwort geben zu können, die Honorar und Abzüge habe. Die kommenden Gemeinderatswahlen böten die beste Gelegenheit, die Leitung hierfür auszustellen, wenn jeder der Kollegen auf dem Posten sei. Redner richtete einen scharfen Appell an die Anwesenden, mehr für Werbung von Parteimitgliedern und Verbreitung der Parteipresse tätig zu sein. Einmütiger Beifall wurde dem Referenten für seine Ausführungen zuteil. — In der Diskussion kam die tiefe Erbitterung der Kollegen selbst zum Ausdruck. Kollege Hausler hielt in der ganzen Verhandlungsweise eine Provozierung der städtischen Arbeiterschaft, wie sie nicht häufig gedacht werden könne. Die Organisation der städtischen Arbeiter sei preislos manchem Herrn auf dem Rathaus schon etwas zu kräftig geworden, mit der man zur Zeit bestehender Wirtschaftslage keine leichter fertig zu werden. Diefes Herrchen würden die Widmung ohne den Wert gemacht haben. Der Gedanke einer Prozektion müßte sich einem aufdrängen, wenn man bedenkt, daß Dr. Krauß komtrage — und der Gemeinderat hat diesen Antrag zum Beschluß erhoben — den Arbeitern in Degerloch fünfzig keine Entfernungszulage mehr zu bezahlen. Am 6. Mai d. J. wurde in gemeinsamer Sitzung Gemeinderat und Bürgerausschuß beschlossen, den Gemeindefunktionären, Unterbeamten und Arbeitern die Entfernungszulage in Degerloch zu bezahlen, bestimmte der Gemeinderat allein, ohne mit einem Wert auf diesen fröhlichen Beschluß einzugehen, am 16. September, daß für Arbeiter in Degerloch keine Entfernungszulage mehr bezahlt werde. Die Auszahlung dieser Zulage wurde auch alsbald eingestellt, obwohl die ganze Verlage noch dem Bürgerausschuß zu beistimmen hat. Die Beamten betreiben nach wie vor, wenn sie in Degerloch zu tun haben, ihre 4 Mark pro Tag weiter, dem Arbeiter nimmt man die 80 Pf., die für ihn festgelegt waren, weg. Deshalb kann man die Massenpolitik auf dem Rathaus nicht mehr demonstrieren, als in dieser Sitzung geschehen ist. Ein Antrag aus der Versammlung, sofort in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu der ganzen Angelegenheit zu nehmen, wird von der Organisationsleitung bekämpft, da zunächst der weitere Verlauf der Verhandlungen abgewartet werden müßte. Es wurde dann auch beschlossen, es der Einsetzung zu überlassen, den Zeitpunkt für die öffentliche Versammlung festzusetzen. — Aus der vom Kollegen Hausler gehaltenen Abrechnung vom dritten Quartal geht hervor, daß die Zentrale in ihrem Aufschwung sich befindet. Die Gesamtentnahmen belaufen sich in diesem Quartal auf 6617,88 Mk. An Unternehmungen am Ort wurden 1275,10 Mk. ausbezahlt, darunter 180 Mk. aus der Zentrale. Den streikenden Arbeiter Kollegen wurden noch weitere 200 Mk. sowie den streikenden Schweden ebenfalls 200 Mk. zugeführt. An die Hauptkasse wurden 3119,34 Mk. abgeführt. Der Vortrag an das Gewerkschaftsbüro beträgt 108,10 Mark. Das Kassenvermögen betrug am 1. Oktober 1909 108,10 Mark. Die Mitgliederbewegung zeigt ein erfreuliches Bild, trotz der Meinungsverschiedenheit der Arbeiterzahl im Schwere Gangung ist es gelungen, den Mitgliederstand auf 1456 zu erhöhen. Dem Maßstabe wurde einstimmig Lobgabe erteilt. Nach Erledigung einiger sonstiger Angelegenheiten wurde die sehr gut besuchte Versammlung vom Vorsitzenden mit einem warmen Appell zur energigen Mitarbeit am weiteren Ausbau der Organisation geschlossen.

◆ Internationale Rundschau ◆

Matgeber für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat einem launlich allseitig empfundenen Mangel mit einer kleinen Brochure unter obigem Titel abgeholfen. Die Illustrationen über Amerika sind in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft noch immer so stark verbreitet, daß es dringend erforderlich erscheint, einmal die harten Tatsachen sprechen zu lassen. Eine fortgesetzte Artikelserie von „Osgrim“ in der „Metallarb.-Ztg.“ hat zwar für den großen Verkauf dieser Zeitung die tatsächlichen Verhältnisse in rechtlich klarer und überzeugender Weise geschildert. Aber diese unerschöpflichen Ausstellungen sind einseitig, weil der gesamten deutschen Arbeiterschaft noch nicht zugänglich, und so ist das nur 32 Seiten starke Buchlein der Generalkommission: ein überaus wertvoller Führer für diejenigen, die trotz all der

bekannt gegebenen Vedenken sich dennoch entschließen, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten" aufzusuchen. Insbesondere dürfte das Verzeichnis der amerikanischen Arbeiterorganisationen mit Adressenangabe sehr willkommen sein. Für alle Fälle wird empfohlen, sich zunächst an den „Deutsch-Amerikanischen Sozialistenbund“ in New York, Labor Temple, 241 E 84 Straße (6. Treppentritt) zu wenden. Wir wünschen dem Publikum nicht nur weiteste Verbreitung, sondern vor allem auch aufmerksame Beachtung.

Amerika. Der amerikanische Gewerkschaftskongress fand am 8. November in Toronto (Kanada) statt. Insbesondere ist über die Verbindung mit den Gewerkschaften Europas sowie Stellung zur Politik verhandelt worden. Wir kommen nach Vorliegen der Berichte darauf zurück. -- Der Präsident Gompers, um dessen Person sich anlässlich seiner Reise eine lebhafteste Diskussion entfaltet hatte, ist jetzt mit zwei Genossen in zweiter Instanz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wegen „Aufstörung zum Volkstum“. Es soll nun an den höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten appelliert werden.

Australien. Die australischen Gewerkschaften sind noch außerordentlich zerplittert. Die in den letzten Jahren immer heftiger und umfangreicher werdenden wirtschaftlichen Kämpfe haben jedoch auch dort die Notwendigkeit größerer Geschlossenheit deutlich gezeigt, um so mehr, da die Unternehmer sich schon frühzeitig recht starke Zentralorganisationen zu schaffen wußten. Die letzten Kongresse der Gewerkschaften der einzelnen Bundesstaaten haben denn auch entsprechende Resolutionen beschlossen, in denen die Verschmelzung der lokalen Gruppen zu Landesverbänden empfohlen wurde. Diese Anregung ist schon vielerorts auf fruchtbaren Boden gefallen. So wurde vor kurzem in Melbourne ein „Zentralverband der Arbeiter und Lederarbeiter Australiens“ gegründet.

Frankreich. Die internationale Gewerkschaftskonferenz, die vor kurzem in Paris stattfand, hatte bekanntlich Gelegenheit gegeben, die verschiedenen Gewerkschaftsmethoden kritisch zu untersuchen. Dabei hatte den französischen Gewerkschaftlern u. a. auch das ungenügende Beitragswesen ihrer Organisationen vorgeführt werden müssen. Die damalige, recht gründliche Ansprache, bei deren Schluß der eine französische Delegierte zum Schrecken mancher unentwickelten Zentralverbände sogar erklärte, daß das Beispiel anderer Länder in dieser Beziehung fortan auch in Frankreich befolgt werden würde, hat denn auch schon recht gute Früchte gezeitigt. Der Teil des Berichts der internationalen Konferenz, insbesondere soweit er die Kritik der französischen Gewerkschaftsmethoden enthält, wird in der gesamten französischen Gewerkschaftspresse sehr eingehend besprochen. In den meisten Fällen wird die Verdrängung der Kritik anerkannt. Fast alle Gewerkschaften, die in den letzten Monaten ihre Hauptversammlungen abhielten, erklärten sich für höhere Beiträge. Von der Gewerkschaftszentrale wird mit dem 1. Januar 1910 eine einheitliche Mitgliedsliste und Beitragskarte für sämtliche Gewerkschaften eingeführt. Auch gegen diese Art der „Zentralisation“ hatte man sich früher entschieden gewehrt. Langsam, aber sicher wird die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auch die französischen Gewerkschaften zu abschließenderen Organisationsformen zwingen -- trotz aller theoretischen Widerstände einzelner Meiste.

Das französische Arbeitsministerium veröffentlicht soeben einen Bericht über die Verwendung der pro 1908 zur Verfügung stehenden Staatsmittel zur Forderung der Arbeitslosenversicherung. Seit vier Jahren erst wird zu diesem Zwecke alljährlich eine bestimmte Summe in den Etat des Arbeitsministeriums eingelegt. Für das Jahr 1908 betrug sie wiederum 110.000.000 Frank (88.000.000 Mark), eine gewiß sehr beachtende Summe, doch wurden insbesondere davon nur 47.241.000 Frank, also nicht ganz die Hälfte, von Subventionen ausbezahlt. Im Vorjahre war das Verhältnis noch schlechter gewesen, nur 32.240.000 Frank hatten zur Auszahlung gelangen können. Der offiziöse Bericht betont, daß die Einrichtung der staatlichen Zuschüsse zu den Arbeitslosenklassen nur das Prinzip der Arbeitslosenversicherung fördern will, und zwar prinzipiell die zu diesem Zwecke von den Arbeitern geschaffenen Einrichtungen. Der Betrag der an die in Betracht kommenden Klassen geleistete Zuschüsse ist seit kurzem um 25 Proz. erhöht worden, lokale Arbeitslosenklassen erhalten 16 2/3 Proz., zentralisierte Klassen dagegen 21 2/3 Proz. der eigenen Mitteln gewählten Arbeitslosenunterstützungsmittel. Da die Ansprüche an den Fonds des Arbeitsministeriums immer noch recht mangelhaft sind, werden die Subsidien der Subventionen, 20 bzw. 30 Proz., an die betreffenden Klassen ausgezahlt. Diejenigen Klassen, die sich um die staatliche Subvention bewerben, müssen vor allen Dingen ihre detaillierten und leichtverständlichen Rechenschaftsberichte vorweisen können. Diesem Hinweise wird es hauptsächlich nachgedrungen, daß die Zahl der Bewerbungen so gering ist. Im ersten Halbjahre gingen Unterstützungsanträge von 97 Arbeitslosenklassen ein, von denen 73 insgesamt 2.148.000 Frank Subventionen erhielten. Die übrigen fanden entweder ungenügende Bewerbe oder verweigerten die verlangten Auskünfte. Von 112 Klassen, die im zweiten Halbjahre die Subvention nachsuchen, konnten 68 Klassen insgesamt 2.108.000 Frank erhalten. Den anderen wurde zurück an den von der genannten Gründen die Subvention verweigert werden. Die Subventionierten drei Zentralarbeitslosenklassen, die des Buch-

drucker-, des Lithographen- und des Maschinenbauerverbandes, zählten 15.578 Mitglieder, während die Gesamtzahl der Mitglieder aller subventionierten Klassen 31.248 betrug! Diese drei Verbände zählten an 3097 arbeitslose Mitglieder für 37.846 arbeitslose Tage insgesamt 83.478 Frank Arbeitslosenunterstützung; sie erhielten 26.696 Frank Subvention. Alle 49 subventionierten Lokalklassen, die während des ganzen Jahres Subvention erhielten, hatten insgesamt 3900 Arbeitslose, denen für 61.000 Tage Arbeitslosigkeit 104.000 Frank an Unterstützung gezahlt wurden. -- Die Zahl der während des ganzen Jahres subventionierten Arbeitslosenklassen ist von 43 in 1907 auf 52 in 1908 gestiegen. Für den segensreichen Einfluß der Arbeitslosenunterstützung und deshalb auch der Förderung derselben durch den Staat führt der Minister das Beispiel des Topfergewerbes an. In der Stadt Limoges bestehen 7 Arbeitslosenklassen für die Arbeiter dieser Industrie, mit insgesamt 1098 Mitgliedern, von denen infolge der Krise im Jahre 1908 nicht weniger als 803 arbeitslos waren. Diese bezogen während einer Gesamtdauer von 20.676 Tagen 31.607 Frank an Arbeitslosenunterstützung.

• Rundschau •

rote Siege. Wir hatten bereits über die erfreulichen Wahlergebnisse in Baden, Sachsen und Preußen berichtet. Für Sachsen ist jetzt das Endergebnis folgendes: 30 Konfessionale, 28 Nationalliberale, 25 Sozialdemokraten, 8 Freiwilrige. Und das unterem Pluralwahlrecht. Preußen, wie wird dir? Wenn die bürgerlichen Parteien auch nur einen Funken von Vernunftfähigkeit besäßen, müßten sie sich mit der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen abfinden, denn alle kein ausgeklügelten reaktionären Volkwerke nutzen nichts mehr. Aber die Interessenpolitik der Wählenden macht sie einflusslos. Sie halten so lange wie möglich am „elendesten aller Wahlensysteme“ fest. So wird die aufsteigende Arbeiterklasse noch stärkere Mittel zur Geltung bringen müssen, um auch in Preußen für den Kulturfortschritt freie Bahn zu schaffen. Dort drohen die Wahlrechtskämpfe in Preußen zu werden, denn die „Arone“ läßt von ihrem in der Thronrede angekündigten Reformwillen nichts mehr verlauten und die Junker und Junker-Genossen warren angesichts unserer sächsischen Erfolge vor „Experimenten“. Jedoch, wenn der Gedanke irgendwo Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last, wird die preussische Arbeiterklasse alle Widerstände bezwingen, das mögen sich die Reaktionsäre aller Schattenerbe Schillers nur gefast sein lassen. Die Gemeindevahlen brachten als erfreuliche Ergänzungen bereits eine ganze Reihe sozialdemokratischer Siege in Altona, Berlin, Scharneberg und anderwärts. In Köln hat noch einmal das Zentrum gesiegt, aber wir sind ihm bedrohlich auf den Fersen. Wegen die weiteren Gemeindevorteinwahlen sich ihren Vorgängern würdig ansehlichen. Möge aber auch für Befestigung des Erworbenen durch Initiative für die Arbeiterpresse, aufmerksames Lesen und Verfolgen der Gewerkschaftspresse und Parteipresse gefordert werden.

Das „Korrespondenzblatt“ der blauen Strakenvereiner alias D. „offizielles Gewerkschaftsorgan“ hat das Bedürfnis, unsere Äußerungen in Nr. 40 der „Gewerkschaft“ durch ein Schimpfgeschmeißel abzufchwächen, ohne auch nur im mindesten an den von uns dargelegten Tatsachen selbst rütteln zu können. Es ist zu hoffen, daß insbesondere die Berliner Strakenvereiner sich endlich in ihrer großen Majorität aufreissen und ihre Interessen besser wahrnehmen als bisher. Solange man freilich noch die Beiträge unseres Verbandes scheut -- denn die geringeren Beiträge ermöglichen einzig der Dürst Dunderlichen Schimpfkonferenz die Erlöze! -- werden sich die Kollegen nicht wundern dürfen, wenn sie in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht vorwärtskommen. Denn ohne Einheit und Geschlossenheit der gesamten Berliner sächsischen Arbeiter wird die Duetion der Berliner Strakenvereiner zu wesentlichen Zugeständnissen nicht zu haben sein!

Der preussische Parteitag wird am 3. Januar 1910 nach Berlin einberufen. Neben dem Geschäftsmagazin wird insbesondere die Wahlrechtsfrage in Preußen von D. Ströbel, sowie „Die Verwaltung Preußens“ von M. Viehnecht behandelt werden. Für unsere Organisation gewinnt der Parteitag ganz besonderes Interesse, da das „Monumentalprogramm“ für Preußen als wichtiger Punkt zur Tagesordnung steht. Referent hierbei ist Paul Strich. Der Entwurf eines preussischen Monumentalprogramms hat bereits in Weimar vor. Wir werden ihn demnächst veröffentlichen.

Der dritte nach dem Württel Zentrum und liberale hatten im bayerischen Landtag eine Interpellation eingebracht über die Soranage während des Streiks in Kurnberg. Von wachen ist war die Interpellation nicht so recht mit der Sprache heraus aber der Tenor ihrer Anschuldigungen ging doch dahin, daß dem „Faktorismus der Nation“ am Ende berechtigt werden mußte. Die „Gewerkschaftsstimme“ erläutert nun in ihrer

letzten Nummer diese Interpellation und wird deutlicher. Sie fordert den „Aus der Gefesgebung, und war einen ganz energischen Schwab“. Dazu schreibt man die „Mund. Post“ Herrn Esward sehr treffend ins Stammbuch. „Wenn die christlichen Gewerkschaften mit beraten wären, dann würden sie vor allen Dingen solche Maßnahmen zur Erweiterung des heutigen Horizonts ihrer sogenannten Ändrer fordern. Denn diesen intelligenten Herren fehlt offenbar jedes Gefühl dafür, wie lächerlich sie sind und ihre Ergänzungen machen, wenn sie so offenkundig zugeben, daß sie Gesetze für ihre Sache nur noch unter Mitwirkung des Vorgesetzten machen können.“ - Die „Interpellation“ ist übrigens von unseren Genossen im Landtag ganz gehörig ins rechte Licht gerückt worden.

Die Witwen und Waisen haben das Nachsehen. Die Chemnitzer „Volkstimme“ schreibt: Als im Jahre 1902 das Zentrum mit den Konservativen eine ungeheure Erhöhung der Rente auf die notwendigen Lebensmittel beschloß, suchte das Zentrum seinen Wählern dadurch Sand in die Augen zu streuen, daß es mit dem neuen Zolltarif und seinen Erträgnissen eine allgemeine Reihe Witwen und Waisenversorgung verbinden wollte. Das war das „soziale“ Mantelwort, das als das Zentrum immer umhängt, wenn es gilt, seine vorläufigen Tugenden zu verdecken. Was wird nun aus dem ganzen Sauber? Zum 1. Januar 1910 sollte die Versorgung der Witwen und Waisen in Szene gehen. Als zuletzt vor drei Jahren Stimmen laut wurden, ob auch die Einlösung dieses Versprechens nicht gefährdet sei, ließ die Regierung noch im Oktober 1907 offiziell versichern, daß die Vorarbeiten für das Gesetz schon bald nach dem Erlaß des Zolltarifgesetzes erledigt und in der Ausführung beträchtlich gefördert worden seien. Jedenfalls dürfte damit gerechnet werden, daß hinsichtlich der Reichsregierung 1908/09 der Entwurf über die Witwen- und Waisenversorgung vorzuleben werde. Auch für die finanzielle Durchführung wurde gesorgt. Der für 1908 im in Aussicht gestellte Entwurf ist aber ausbleiben. Auch jetzt sind die Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes höchst sehr trübe, denn es fehlt an jeder finanziellen Grundlage. Die erwarteten Ueberschüsse aus den Jahren sind in den ersten Jahren überhaupt ausbleiben, die wenigen Millionen, die später dafür in den Etat eingeschalt wurden, genügen einmal kaum, um die Ausgaben eines Jahres zu decken, sie sind schließlich aber auch nicht einmal vorhanden, sondern mühen anachronisch der Zahlungsfähigkeit der letzten Jahre gleichfalls auf das Konto der Reichsverschuldung genommen werden. Hier muß mit aller Energie eingegriffen und die Regierung zu unverzüglicher Erfüllung ihrer Verpflichtungen angehalten werden. Meine Entschuldigung kann hier ausreichen. Wenn gerade die Arbeiterklasse durch die neuen Steuern am stärksten zu den Reichsschulden mit herangezogen worden ist, so wird man nicht verzeihen können, wenn ihr auf der anderen Seite Erleichterungen ihrer wirtschaftlichen Lage vorenthalten werden, auf die sie gerechtfertigter Anspruch hat!

Eine lehrreiche Zusammenstellung bieten die Gehaltsverhältnisse der Bürgermeister in deutschen Großstädten. Der Oberbürgermeister in Frankfurt a. M. und der Vizebürgermeister haben ein Dienstvermögen von 26 000 Mark. Demgegenüber steht Braunschweig als untere Grenze mit 12 000 Mk., 25 000 bis 30 000 Mk. erhalten die ersten Bürgermeister in Breslau, Leipzig, München und Nürnberg, wo Dienstwohnung und Repräsentationsgelder noch zu berücksichtigen sind. 20 000 bis 25 000 Mk. beziehen dann unter anderem die ersten Bürgermeister in Königsberg, Stettin, Hannover, Düsseldorf, Dresden, Stuttgart und bei Erreichung der obersten Stufe der Gehaltsstufen in Charlottenburg und Chemnitz, wo der Anfangssatz mit 14 000 Mk. angegeben wird. Zwischen 15 000 und 20 000 Mk. Gehalt geben die Städte Danzig, G. Kirchdorf, Schöneberg, Magdeburg, Halle, Dortmund, Aachen und Straßburg. Magdeburg steht mit 15 000 Mk. ziemlich am Ende der Reihenfolge. Wärdlich, die Herren „Ober“ haben keine „Lohnbewegung“ nötig!

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Natur und Erziehung. Monatsschrift zur Verbreitung und Pflege der Naturwissenschaften in Schule und Haus. Mit der Verlage „In meinen Wandertagen“. Aufzählungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgegeben von Dr. Dr. R. Tennemann und Prof. Dr. M. Smolik. Stuttgart. Krandsche Verlagsbuchlung. Halbjährlicher Preis 1.00 Mk.

Das gesamte Erziehungs- und Erziehungswissenschaftliche Forschung eine immer größere Bedeutung zuteil werden. Und nur mit Recht, denn das die Naturwissenschaften und ihre Anwendung.

◆ Kollegen! Sorgt für Unterstützung der schwedischen Kämpfer! ◆

Beilage: In Zerstreuung des Vorstandes der Gewerkschaft und... (Text is partially obscured and difficult to read)

gen für Gegenwart und Zukunft zu bedenken haben, muß insbesondere den Jüngern unserer Jugend nahegebracht werden; von ihnen aus soll die Ueberzeugung von dem großen Wert der Naturwissenschaften für das gesamte Leben in die Herzen der Jugend finden. Das Programm des neuen Unternehmens fundiert unter anderem folgende Aufgabe an die Gärten der Botanik, von Alexander v. Olexiden Kammern. Mit einer Abhandlung. — Sammelberichtigungen im Oktober 1909. Von Prof. Dr. A. Pfahmann. Mit sechs Abbildungen. Vertikalem und Selbstfinden als Grundlagen des naturwissenschaftlichen Unterrichts. Von Dr. Dr. R. Tennemann. Mit zwei Abbildungen. — Der ethische Bildungswert der Naturwissenschaften. Von Prof. Dr. Paul Müller-Areath. — Kleine Mitteilungen. — Kinderberichtigung. — Schüler-Verlage: Die Spinnen des Waldes im Draufommer. Von Prof. Dr. A. Zahl. — Entzade demische Versuche für die Hand des Schülers. Von Prof. Dr. Wilhelm Oswald. — Ein Erziehungswort aus der Geschichte der Astronomie. Von Dr. Dr. R. Tennemann. — Probestück sind in jeder Buchhandlung kostenlos zu haben oder direkt zu beziehen von der Krandsche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, Geschäftsstelle des Noemes, Gesellschaft der Naturfreunde.

◆ Verbandsteil ◆

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Entsprechend den Beschlüssen des letzten Verbandstages hat der Vorstand die Durchführung einer unabhängigen Revision unter dem Aufsichtsrat, Bade und Finanzpersonal sowie einen weiteren Ausbau dieses Teils unserer Administration beschlossen. Es kommt deshalb mit nächster Woche ein Mandat mit reiches Personal zur Ausgabe, welches wir erhalten, um zu bestehen. Rechnungen werden die Anstellungen baldigst erledigt sein. Außerdem wird der Vermögensaufwandsrechnung reorganisiert und engere und übliche Verbindung mit den lokalen Stellungsstellen hergestellt.

Die spezielle Rechnung der Lohnangelegenheiten in unserem zweiten Vorstehenden Kollegen Carl Friedel übertragen.

Wachdem wir somit den Versuch machen, die Beschlüsse des Verbandstages zu verwirklichen, sprechen wir zugleich die Hoffnung aus, die Kollegen und Mitgliefern mögen uns in diesem Streben kräftig unterstützen.

Für den Vorstand: Albin Wobas.

Wau Düsseldorf. Den Mitgliefern zur Kenntnis, daß ich unter Gauhausstr. 10 im Pölschhaus, Wallstr. 10 11, Zimmer 18, betriebe.

Zuzug für Gasarbeiter fernzubalten nach Mailand, Alexandria, Modena, Genua, San Oleggero.

◆ Versammlungskalender ◆

Nürnberg. Dienstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Wille.
 Luedlburg. Sonntag, den 14. November, vormittags 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Müller Friedrich“ Magaziner.
 Wittenberg. Freitag, den 12. November, abends 8 Uhr, Versammlung im Kronprinz in St. Wittenberg.

◆ Briefkasten ◆

Rebete Artikel, Berichte und Notizen müssen zurückgeschickt werden.

◆ Totenliste des Verbandes. ◆

Johann Schiefl, München Gasarbeiter † 26. 10. 1909, 31 Jahre alt.	Johannes Liebsher, Dresden Schloßer † 30. 10. 1909, 31 Jahre alt.
Ang. Hohrmann, Mannheim † 27. 10. 1909, 65 Jahre alt.	Franz Heidl, Chemnitz † 3. 11. 1909, 40 Jahre alt.

Chve ihrem Andenken!